

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 21. Juli 1959

Tagesordnung

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 34)
Entschuldigungen (S. 34)

Bundesregierung

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung
Redner: Aigner (S. 35), Dr. Gredler (S. 40)
und Dr. Maleta (S. 47)

Zuschrift des Bundeskanzlers Ing. Raab: Be-
trauung des Bundesministers für Finanzen
Dr. Kamitz mit der zeitweiligen Vertretung
des Bundesministers für Handel und Wieder-
aufbau Dr. Bock (S. 34)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 21 bis 30 (S. 34) und
des Antrages 33 (S. 52)

Regierungsvorlagen

- 21: Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes
in der Fassung von 1929 — Verfassungsaus-
schuß (S. 34)
- 22: Straßenpolizeigesetz 1959 — Handelsaus-
schuß (S. 34)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Reich, Rosa Rück, Grete Rehor, Rosa Weber,
Dipl.-Ing. Pius Fink, Dr. Migsch, Krane-
bitter, Moser und Genossen, betreffend die
Erlassung eines Bundesgesetzes, womit das
Familienlastenausgleichsgesetz neuerlich ge-
ändert wird (Novelle 1959 zum Familien-
lastenausgleichsgesetz) (33/A)

Kranebitter, Prinke, Dipl.-Ing. Pius Fink,
Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß, Grete Rehor,
Leisser, Reich, Mittendorfer und Ge-
nossen, betreffend Gewährung von Darlehens-
hilfen an junge Staatsbürger, die Heim und
Familie gründen wollen (Familiengründungs-
darlehensgesetz) (34/A)

Kranebitter, Dr. Hurdes, Dr. Dipl.-Ing. Lud-
wig Weiß, Dipl.-Ing. Pius Fink, Leisser, Grete
Rehor, Griebner, Dr. Hofeneder und
Genossen, betreffend Schaffung eines Bundes-
gesetzes, das die Verwirklichung einer Kredit-

aktion zur Schaffung arbeitserleichternder Ein-
richtungen in den Haushalten der Mehrkind-
familien ermöglicht (Mutterhilfsgesetz) (35/A)

Dr. Kranzlmayr, Glaser, Dr. Hetzenauer,
Mittendorfer, Harwalik, Soronics,
Dr. Prader und Genossen, betreffend die
Schaffung einer Novelle zum Vertragsbe-
dienstetengesetz (36/A)

Vollmann, Altenburger, Reich, Mitten-
dorfer und Genossen auf Ergänzung des
§ 522 a Abs. 3 ASVG. in der Fassung der
3. Novelle zum ASVG., Bundesgesetz vom
18. 12. 1957, BGBl. Nr. 294/57 (37/A)

Dr. Bechinie, Kostroun und Genossen, be-
treffend Erlassung eines Bundesgesetzes, mit
dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensions-
versicherungsgesetz neuerlich abgeändert wird
(2. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-
Pensionsversicherungsgesetz) (38/A)

Uhrlir, Rosa Weber, Hillegeist und Genos-
sen, betreffend eine Abänderung des Allge-
meinen Sozialversicherungsgesetzes (39/A)

Holzfeind, Pölzer, Matejcek, Suchanek
und Genossen, betreffend eine Novellierung
des Vertragsbedienstetengesetzes (40/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Hetzenauer, Dr. Kranzlmayr, Doktor
Hofeneder und Genossen an den Bundes-
minister für Justiz, betreffend die Strafver-
fahren:

- 1) gegen Johann Zirngast und Maria Unter-
berger wegen Mordverdacht (Schwur-
gericht Graz);
- 2) gegen Franz Weinauer wegen Betruges,
Verleumdung und Vergehens gegen die
Sicherheit des Lebens (Schöffengericht
St. Pölten) (11/J)

Dr. Hetzenauer, Dr. Kranzlmayr, Dr. Ho-
feneder und Genossen an den Bundesminister
für Justiz, betreffend den Strafvollzug be-
ziehungsweise die Aufsicht in der Haftanstalt
Rottenstein und in der Erziehungsanstalt
Eggenburg (12/J)

Dr. Migsch, Aigner, Enge und Genossen an
die Bundesregierung, betreffend eine Novelle
des Rechnungshofgesetzes (13/J)

Spielbüchler, Haberl und Genossen an den
Bundesminister für Finanzen, betreffend die
Pensionen der Salinenarbeiter (14/J)

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Dr. Bechinie,
Haberl und Genossen an den Bundesminister
für Finanzen, betreffend die Anwendung des
§ 33 EStG. im Zusammenhang mit der steuer-
lichen Förderung des Wertpapiersparens (15/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der letzten Sitzung vom 17. Juli 1959 ist in der Kanzlei auflegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Stürgkh und Ing. Kortschak.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Bundesminister Dr. Bock, Bundesminister Dr. Kreisky, Dr.-Ing. Johanna Bayer, Eichinger, Rudolf Graf, Dr. Josef Gruber, Lola Solar, Dr. Tončić, Dr. Leopold Weismann, Marie Emhart, Wilhelmine Moik, Preußler, Schneeberger und Klenner.

Die eingelangten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 21/A der Abgeordneten Dr. Kummer und Genossen, betreffend die Abänderung des § 25 des Bundesgesetzes vom 28. März 1947, BGBl. Nr. 97 (Betriebsrätegesetz), und

Antrag 30/A der Abgeordneten Dr. Kandutsch und Genossen, betreffend die Einbeziehung der Inhaber von privaten Schulen in die Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft,

dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

Antrag 22/A der Abgeordneten Dr. Kummer und Genossen, betreffend Novellierung des Gutsangestelltengesetzes, dem Justizausschuß;

Antrag 23/A der Abgeordneten Reich und Genossen, betreffend die Erlassung eines Bundesgesetzes, womit das Familienlastenausgleichsgesetz neuerlich geändert wird (Novelle 1959 zum Familienlastenausgleichsgesetz),

Antrag 24/A der Abgeordneten Dwořak und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gewerbesteuerengesetz 1953 abgeändert wird (Gewerbesteueränderungsgesetz 1959), und

Antrag 29/A der Abgeordneten Dr. Kandutsch und Genossen, betreffend Novellierung des Einkommensteuergesetzes, dem Finanz- und Budgetausschuß;

Antrag 25/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Pius Fink und Genossen, betreffend Ergänzung der Bundesverfassung, und

Antrag 27/A der Abgeordneten Schneeberger und Genossen, betreffend Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes, dem Verfassungsausschuß;

Antrag 26/A der Abgeordneten Franz Mayr und Genossen, betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes zur Ordnung der Mühlenwirtschaft (Mühlengesetz), und

Antrag 28/A der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen, betreffend Abänderung der Handelskammer-Wahlordnung, dem Handelsausschuß.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Eine Zuweisung der Anträge

31/A der Abgeordneten Dr. Kandutsch und Genossen, betreffend Schaffung eines Bundesgesetzes über die Errichtung einer Personalvertretung für die öffentlich Bediensteten (Personalvertretungsgesetz), und

32/A der Abgeordneten Dr. Gredler und Genossen, betreffend Schaffung eines umfassenden Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes,

kann ich noch nicht vornehmen, da die Antragsteller beantragt haben, diese Anträge in erste Lesung zu nehmen.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Machunze, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Machunze:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 17. Juli 1959, Zl. 7458/59, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Dr. Fritz Bock den Bundesminister für Finanzen Prof. Dr. Reinhold Kamitz mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnissnahme die Mitteilung zu machen.

Julius Raab“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich ersuche den Schriftführer, in der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

Schriftführer Machunze: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 abgeändert wird (21 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Regelung des Straßenverkehrs (Straßenpolizeigesetz 1959) (22 der Beilagen).

Es werden zugewiesen:

21 dem Verfassungsausschuß;

22 dem Handelsausschuß.

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die Debatte über die Erklärung der Bundesregierung vom 17. Juli 1959.

Wir gehen in die Debatte ein. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Aigner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Aigner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler beendete seine Regierungserklärung mit den Sätzen: „Eine richtige Demokratie kann nur bestehen, wenn jeder Bewohner dieses Staates die Meinung und die Überzeugung des anderen achtet, wenn die Freiheit der Gesinnung gewahrt bleibt, die Freiheit der Arbeitswahl und des Arbeitsplatzes gesichert ist und wenn egoistische, die Gemeinschaft gefährdende Wünsche und Bestrebungen zurückgestellt werden. Wenn eine derartige Geisteshaltung nicht besteht und die Freiheit der Gesinnung nicht gewahrt bleibt, so zerbricht die Demokratie, und dies würde ein Ende der Koalition bedeuten.“

Dieser Erklärung können wir Sozialisten unsere Zustimmung geben, denn immer und zu jeder Zeit ist die sozialistische Bewegung für die Freiheit des einzelnen, für die Freiheit der Völker eingetreten. Für uns ist die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden.

Aus den Erfahrungen der Periode des europäischen Faschismus wissen wir, daß die Sicherung der Freiheit auf der Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Massen beruht. Wir wissen aber auch, daß die Sicherung der Freiheit in einer Zeit des Gleichgewichtes der Kräfte von uns ein Mitregieren und ein Mitverantworten verlangt.

Wir haben uns deswegen eindeutig auf den Standpunkt der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien dieses Hauses gestellt und sind auch in der kommenden Zeit bereit, die Mitverantwortung an den Handlungen der Regierung zu tragen. Wir vertreten von Anfang an die Meinung, daß diese Mitverantwortung auf einer Zusammenarbeit beruhen muß, die die rechtsstaatliche Ordnung wahrt und im Gleichgewicht der Kräfte ihren Ausdruck findet.

Wir begrüßen es, daß eine der ersten Handlungen der Regierung jener feierliche Akt war, in dem sie im Wiener Burgtor zu Ehren der treuesten Söhne Österreichs, die ihr Leben im Kampfe um Österreichs Freiheit hingaben, eine Gedenktafel enthüllte.

Die Regierung hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie den Weg der Zusammenarbeit fortsetzen will, den am Beginn der Zweiten Republik Renner, Körner und Kunschak gewiesen haben, den Weg, der zur staatlichen Freiheit, zur Unabhängigkeit unseres Landes, zu Frieden und wirtschaftlicher sowie sozialer Sicherheit aller geführt hat.

Die Bevölkerung Österreichs hat in den letzten Wochen oftmals mit Bangen den Nachrichten im Rundfunk gelauscht oder in den Zeitungen über die Fortschritte oder über die Schwierigkeiten gelesen, die es bei der Bildung der Regierung nach den Maiwahlen gab. Es hat diesmal länger gedauert als die Jahre zuvor. Neun Wochen wurde zwischen den Verhandlungskomitees, vorerst unter der Führung des Herrn Bundeskanzlers, um die Zusammensetzung und das Programm der Regierung gerungen. Es hat lange Zeit gedauert, bis die Österreichische Volkspartei bereit war, die aus den Wahlergebnissen entstandenen Verhältnisse zur Kenntnis zu nehmen und von Machtpositionen, die sie innehatte, etwas abzugeben.

Ich habe nicht die Absicht, zu untersuchen, welche parteiinternen Gründe die Volkspartei zur Vorverlegung der Neuwahlen veranlaßten. Ich darf aber wohl feststellen, daß das Ergebnis der Wahlen vom 10. Mai 1959 die Erwartungen der Österreichischen Volkspartei nicht erfüllte.

Die Wahlen vom 10. Mai 1959 brachten der Österreichischen Volkspartei 1.928.043 Stimmen oder 44,19 Prozent. Gegenüber den Wahlen von 1956 verlor die Volkspartei 71.943 Stimmen, und ihre Mandatszahl im Hohen Hause sank von 82 auf 79.

Wir Sozialisten haben am 10. Mai 1.953.935 Stimmen erreichen können, das sind 44,79 Prozent. Gegenüber den Wahlen von 1956 nahm unsere Stimmenanzahl um 80.640 zu. Wir stiegen von 74 auf 78 Abgeordnetensitze.

Nicht mehr vertreten sind in diesem Hause die Kommunisten, die in ganz Österreich zwar 140.000 Stimmen erreichen konnten, aber mangels eines Grundmandates hier nicht mehr in Erscheinung treten.

Die Freiheitliche Partei Österreichs erreichte mit 336.110 Stimmen oder 7,7 Prozent acht Mandate.

Das Ergebnis der Wahlen wurde in der Zeit nachher wiederholt kritisiert und die Wahlordnung zum Nationalrat von allen Parteien, mit Ausnahme der Österreichischen Volkspartei, als novellierungsbedürftig dargestellt. Auch die Kommunisten tun dies. Die Kommunisten haben meiner Meinung nach am wenigsten Recht dazu, denn sie haben seit dem Jahre

1945 aus dem Bestehen dieser Nationalrats-Wahlordnung höchstens fünf Abgeordneten-sitze erreichen können. Daß in der Zwischenzeit ihre Stimmenzahl immer kleiner und kleiner geworden ist, daran ist nicht die Wahlordnung schuld, sondern daran ist wahrscheinlich die Politik schuld, die die Kommunistische Partei in Österreich gemacht hat und die von den Wählern in immer stärkerem Maße abgelehnt wird.

Wir sind aber trotzdem der Meinung, daß eine Reform der Nationalrats-Wahlordnung notwendig ist. Und zwar hat das Organ der oberösterreichischen Volkspartei, das „Linzer Volksblatt“, das sehr eindeutig ausgedrückt. Man kann nun nicht sagen, daß der Artikel, der am 16. Mai dieses Jahres im „Linzer Volksblatt“ erschienen ist, der die Überschrift trägt: „300.000 Randschichtenwähler“, ein aus der augenblicklichen Stimmung entstandener Artikel ist, sondern er wurde erst ungefähr acht Tage nach den Wahlen geschrieben. Das „Linzer Volksblatt“ schreibt:

„Zum zweitenmal hat damit das Wahlsystem einen sozialistisch geführten Staat verhindert, ein Wahlsystem, das die Mandate nicht nach Wählerzahlen, sondern nach Einwohnerzahlen verteilt. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß auf diese Weise die kinderreichen Gegenden, die leichter zu Mandaten kommen als die kinderarmen Großstadtgebiete, die Wahlen entschieden haben.“

Durch dieses Wahlsystem wurde die an Stimmen stärkste Partei auf den zweiten Platz verwiesen.

Wenn wir uns bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung daher auf den Standpunkt des Gleichgewichtes in der Regierung stellten, so war dies von uns kein unbilliges Verlangen, denn auch nach den Darlegungen des „Linzer Volksblattes“ war es nicht der Ausdruck des Willens der Wähler, der der Österreichischen Volkspartei uns gegenüber einen Vorsprung von einem Mandat gab, sondern das Wahlsystem der Nationalrats-Wahlordnung war es, das dieses Resultat brachte.

Unseren Willen zur Zusammenarbeit haben wir wiederholt bekundet, und zwar während des Wahlkampfes, aber auch unmittelbar nach den Wahlen. Der Ablauf der Konstituierung des Nationalrates hat auch nach außen hin diesen Willen zur Zusammenarbeit unmißverständlich ausgedrückt. Obwohl wir die stimmenmäßig stärkste Partei sind, haben wir die parlamentarische Gepflogenheit, der an Mandaten stärkeren Partei den Vortritt zu lassen, eingehalten.

Die Konstituierung des Nationalrates vollzog sich in einer der Würde und dem Ansehen des Hohen Hauses entsprechenden Form. Die

Betrauung des Obmannes der Österreichischen Volkspartei mit der Bildung einer neuen Regierung durch den Herrn Bundespräsidenten entsprach den demokratischen Gepflogenheiten.

Es wäre verlockend, im einzelnen nachzugehen und klarzustellen, welche Wandlungen innerhalb der Volkspartei bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung und um die Zusammensetzung der Regierung vor sich gegangen sind. (*Abg. Dr. Gredler: Das wäre wirklich verlockend!*)

Nachdem Bundeskanzler Raab den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen hatte, war die Volkspartei der Meinung, es genüge, wenn man uns Sozialisten einen Ministersessel mehr anbiete, um so das optische Gleichgewicht in der Regierung herzustellen. Es war die Absicht der Österreichischen Volkspartei, die Verhandlungen um die Regierung auf der Plattform der Verteilung von Ministersesseln zu beginnen. Dieser Auffassung der Unterhändler der Österreichischen Volkspartei wurde von unseren Parteifreunden die Forderung nach einer Gleichberechtigung in allen Belangen der Regierung entgegengestellt. Wir waren der Meinung, man müsse sich zuerst über ein Programm einigen und könne erst nach dieser Einigung über ein Regierungsprogramm an die Aufteilung der Ressorts gehen. Von uns wurde der Begriff der Gleichberechtigung auch auf die Art der Haushaltsführung ausgedehnt, die unserer Meinung nach für beide Teile gleich sein muß.

Ich möchte mit allem Nachdruck und mit aller Eindeutigkeit feststellen: In keiner Phase der Verhandlungen wurde von den sozialistischen Unterhändlern das Verlangen gestellt, an Stelle des Herrn Bundesministers für Finanzen Dr. Kamitz einen anderen Mann mit der Führung dieses Ressorts zu betrauen. (*Abg. Dr. Gredler: Hört! Hört!*) Was wir verlangten und was wir beehrten, war und ist, daß der Herr Bundesminister für Finanzen Mehreingänge aus dem Budget nicht nach den Grundsätzen der Bevorzugung seiner Parteifreunde, sondern nach wirtschaftlichen, sozialen und gerechten Methoden verteilt. Ich gebe zu, daß formal-rechtlich der Herr Bundesminister für Finanzen sowohl auf Grund des Finanzgesetzes wie auch auf Grund des Verwaltungsentlastungsgesetzes zu seinem Vorgehen berechtigt war. Es entspricht aber nicht dem Geist einer Koalitionsregierung, wenn der Herr Finanzminister Mehreingänge im Staatshaushalt nach anderen als den von uns aufgezeichneten Grundlinien verausgabt. Wir haben deshalb eine bestimmte Einschränkung im Finanzministerium verlangt und diese Einschränkung unter dem Schlag-

wort einer Gleichberechtigung in der Haushaltsführung ausgedrückt.

Es war für uns eine Selbstverständlichkeit, daß in der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe eine Änderung eintreten muß, wobei wir der Meinung Ausdruck gaben, daß auch die verstaatlichten Banken einer den verstaatlichten Betrieben ähnlichen Organisationsform unterworfen werden müßten. Um die Grundsätze wurde nun Tage und Wochen zwischen den Parteien verhandelt.

Da platzte wie eine Bombe nach einer Aussprache zwischen dem Herrn Bundeskanzler Ing. Raab und unserem Parteifreund, dem Herrn Minister außer Dienst Oskar Helmer, der Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers, wir Sozialisten sollten das Finanzministerium übernehmen. Wir hatten weder Grund noch Ursache, nein zu sagen. Auf Grund des von uns eingenommenen Standpunktes der Gleichberechtigung und der Mitverantwortung waren wir bereit, den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers anzunehmen. Der Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers führte aber innerhalb der Österreichischen Volkspartei zu einer Rebellion. Der Volksaufstand für den Herrn Dr. Kamitz, das war nicht die Bewegung der Männer und Frauen aus dem Volke innerhalb der Volkspartei (*Abg. Scheibenreif: Doch! Hundertprozentig! — Gegenrufe bei der SPÖ*), sondern das war die Rebellion jener, die bei einem Wechsel im Finanzressort für ihre Bevorzugung gegenüber den großen, breiten Schichten des Volkes fürchteten. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das war die Rebellion der Herren der Industrie, der Großkaufmannschaft und aller jener, die aus der Steuerpraxis Bevorzugungen und Vorteile erzielen. Wir Sozialisten werden auf diese Rebellion innerhalb der Volkspartei noch sehr oft zu sprechen kommen, denn mit ihr hat sich der Charakter der Volkspartei vor den Augen der ganzen Öffentlichkeit enthüllt. (*Zwischenruf des Abg. Mitterer.*)

Nachdem aber die Vorschläge des Herrn Bundeskanzlers von seiner Bundesparteileitung abgelehnt wurden, kam man im Verhandlungskomitee wieder auf die alten Vorschläge zurück.

Den Vorschlägen der Volkspartei stellten wir nun das Verlangen gegenüber, das Regierungsprogramm und die Koalitionsvereinbarung auf der Basis des Jahres 1953 zu erstellen. Denn 1953 war eine ähnliche Situation wie heute. Wir verfügten über 73, die Österreichische Volkspartei über 74 Sitze im Parlament, wobei wir auch damals eine größere Stimmenzahl als die Volkspartei aufwiesen. Aber auch darüber kam es zu keiner

Einigung. Am 7. Juli hat Bundeskanzler Ing. Raab den Auftrag zur Bildung einer Regierung zurückgelegt.

Durch die Zurücklegung des Auftrages zur Regierungsbildung durch Ing. Raab wurde eine neue Phase um die Regierungsbildung eingeleitet. Es ging um die Herstellung des Gleichgewichtes auf Grund der Ergebnisse der Wahlen vom 10. Mai.

Die Ausgangsbasis für die Verhandlungen war die aus den Wahlen vom Jahre 1956 geschaffene Position der Österreichischen Volkspartei. Die Wahlen von 1956 brachten der Volkspartei ein parlamentarisches Übergewicht. Die Volkspartei hat ihren Wahlsieg, den sie 1956 nicht über uns, sondern über die Freiheitliche Partei Österreichs errang, restlos ausgenützt.

Bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung im Jahre 1956 mußten wir den Forderungen der Österreichischen Volkspartei nachgeben und die bis dorthin von einem sozialistischen Minister geführten verstaatlichten Betriebe unter die Führung des Herrn Bundeskanzlers als dem Vorsitzenden der neugeschaffenen Industrie- und Bergbau-Verwaltung stellen. Vielleicht erinnern sich die Herren der Österreichischen Volkspartei noch an die Rede, die der Herr Abgeordnete Dr. Maleta zur Regierungserklärung 1956 hielt, wo er einen Totengesang auf das Kaiserreich Waldbrunner hielt (*Zwischenrufe bei der ÖVP — Abg. Dr. Maleta: Jawohl, Kaiserreich! — weitere Zwischenrufe*) und die Präsidentschaft Raab als eine siegreiche Präsidentschaft ankündigte. (*Abg. Dr. Neugebauer: Da waren Sie sehr unvorsichtig!*)

1956 wurde der Rundfunk aus dem Ministerium Waldbrunner herausgelöst und dem Bundeskanzleramt unterstellt. 1956 haben wir uns dem Entscheid der Wähler gebeugt und zu diesen Zugeständnissen bereit erklärt.

1959 haben die Wähler anders entschieden. Wenn die Österreichische Volkspartei mit derselben demokratischen Haltung dem Willen der Wähler nachgekommen wäre, hätten die Verhandlungen um die Bildung einer Regierung viel früher einen Abschluß gefunden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Lösung der Aufgabe einer Regierungsbildung aus den Händen eines designierten Regierungschefs auf Parteienkomitees zu übertragen, war ein Akt staatsmännischer Klugheit und politischer Weisheit des Herrn Bundespräsidenten. Auf diesem Wege war es möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Koalitionsregierung zu kommen, die den Obmann der Österreichischen Volkspartei, Herrn Bundeskanzler Ing. Raab, neuerlich mit der Bildung einer Regierung beauftragen konnte,

ohne daß bei den Verhandlungen Herr Ing. Raab in Erscheinung trat. (*Abg. Dr. Maleta: Auch nicht Pittermann!*)

Die abgeschlossene Koalitionsvereinbarung bildet nun die Grundlage der neuen Regierung. Die Regierungserklärung ist eine gemeinsame, und beide Parteien haben sich auf sie geeinigt. Namens meiner Partei erkläre ich, daß wir den Grundsätzen der Regierungspolitik zustimmen und die Erklärung der Bundesregierung zur Kenntnis nehmen.

Der Bundeskanzler führte aus, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung sich auf den Grundsätzen einer Stabilität der Währung, der Stabilität der Kaufkraft und der Vollbeschäftigung bewegen wird. Damit geht Österreich den Weg, den alle freien Staaten der Welt gehen, denn kein Land kann sich in dieser Zeit Erschütterungen der Wirtschaft leisten.

Die Politik einer Vollbeschäftigung erfordert eine aktive Konjunkturpolitik von der Budgetseite her. Auch darin unterscheidet sich die Regierungserklärung nicht von denen der Vergangenheit und nicht von denen anderer freier Völker der Welt.

Der Arbeiter erwartet, daß in einer Zeit der Konjunktur und des wachsenden Sozialprodukts sein Lebensstandard nicht nur gewahrt, sondern auch entsprechend der Produktions- und Produktivitätssteigerung gehoben und verbessert wird und daß die Grundlagen für soziale Sicherheit aller Arbeitenden gefestigt und erweitert werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Lebensstandard der breiten Massen kann nur erhalten werden, wenn über den Weg der Preispolitik eine Stabilität in den Preisen erreicht wird. Wir begrüßen daher das Bekenntnis der Regierung zu jener Einrichtung, die der verstorbene Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Johann Böhm, in der Paritätischen Lohn- und Preiskommision geschaffen hat.

Wir stimmen mit der Regierungserklärung überein, daß Forderungen einzelner Gruppen und Schichten des Volkes, so berechtigt sie sein mögen, nur in dem Ausmaß befriedigt werden können, in dem ein wachsendes Sozialprodukt Mehreinnahmen für den Staatshaushalt bringt. Es müssen daher auch die öffentlich Bediensteten begreifen, daß ihre berechnete Forderung nach einem 14. Monatsgehalt nicht auf einmal erfüllt werden kann, sondern daß die Befriedigung in Etappen erfolgen wird. Da es der gemeinsame Wille der beiden Regierungsparteien ist, diese Wünsche zu erfüllen, können die öffentlich Bediensteten damit rechnen, in absehbarer Zeit zu ihrem verlangten 14. Monatsbezug zu kommen.

Die Forderungen der Rentner und Kriegsoffer werden von uns mit demselben Ernst behandelt werden müssen wie die Erwartungen aller übrigen Volksschichten. Wenn ich eine Gruppe herausnehme, so vor allem deswegen, weil es auch hier praktisch eine gemeinsame Absicht der Regierungsparteien ist, die Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus endlich zu einem Abschluß zu bringen, indem wir eine Regierungsvorlage bekommen, die die offenen Forderungen und Wünsche der Opfer des Faschismus berücksichtigt. Ich habe gesagt, daß wir die Geste der Regierung mit der Eröffnung der Mahntafel im Äußeren Burgtor als ein Bekenntnis zur Demokratie und zur Freiheit begrüßen, aber ebenso notwendig ist es, daß wir den Opfern des Faschismus jene Gerechtigkeit zuteil werden lassen, auf die sie seit dem Jahre 1945 warten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Lösung der sehr dringenden Probleme der verstaatlichten Betriebe, der Banken und der Tabakregie finden unsere Zustimmung.

Wenn die Regierungserklärung die Schwierigkeiten des Bergbaues im besonderen hervorhebt, so möchte ich hierzu sagen und gleichzeitig betonen, daß dies zwar auch für alle übrigen Wirtschaftszweige gilt, im besonderen aber für den Bergbau seine Geltung hat. Es liegt noch nicht so lange Zeit zurück, daß die Regierung an den Bergarbeiter herantrat und ihn dazu veranlaßte, Mehrleistungen zu erbringen, mehr Schichten zu fahren, um die Versorgung der Industrie und der Haushalte mit Kohle zu gewährleisten. Diese Mehrleistungen in Notzeiten erbrachten die im Bergbau tätigen Männer und Frauen bei schlechter Ernährung und bei schlechter Bekleidung, und sie sahen in dieser Mehrleistung nichts anderes als die Erfüllung einer Pflicht. Wenn der Arbeiter des Bergbaues in Notzeiten geholfen hat, ist neben den wirtschaftlichen Verpflichtungen die Sicherung der Existenz der im Bergbau tätigen Menschen eine soziale und eine bevölkerungspolitische Verpflichtung. Zu den vielen Maßnahmen, die hier getroffen werden können, gehört es meines Erachtens unter anderem, Schutzmaßnahmen zu treffen, um gegen die Dumpingpreise für ausländische Erdölprodukte auftreten zu können.

Die in der Regierungserklärung ausgesprochene vermehrte Zuteilung von Mitteln für den Wohnbau findet unsere Zustimmung. Daß Teile dieser zusätzlichen Mittel aus den Budgetbeträgen für das Bundesheer genommen werden, wird allgemeine Befriedigung hervorrufen.

Es ist zu hoffen, daß die für die Wohnraumbeschaffung Verantwortlichen sich über die zweckmäßigste Verwendung dieser Mittel

raschest einigen werden. Ich darf aussprechen, daß die Unterschiede in den Auffassungen keine allzu großen mehr sind. Unserer Meinung nach muß aber unter allen Umständen für den wirtschaftlich und für den sozial Schwächsten, aber auch für die kinderreichen Familien in besonderem Ausmaß vorgesorgt werden.

Ein Bodenbeschaffungs- und ein Assanie-
rungsgesetz sind integrierende Bestandteile einer aktiven Wohnraumbeschaffungspolitik.

Die zwischen uns bestehenden Differenzen in den Fragen der Landwirtschaft können überwunden werden, wenn wir uns auf einige allgemeine Grundsätze einigen. So wie der Arbeiter der Industrie und des Gewerbes, so wie die gesamte Wirtschaft haben auch die bäuerlichen Betriebe ihren großen Anteil am Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft. Das Landwirtschaftsgesetz wird unsere Zustimmung finden, wenn es dem sozialen Wandel innerhalb der Landbevölkerung Rechnung trägt, die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt und nicht nur dem bäuerlichen Wirtschaftler Schutz vor der Willkür einer Agrarbürokratie bietet, sondern auch die Interessen der Konsumenten zu wahren in der Lage ist. Bauern und Verbraucher haben an stabilen Lebensmittelpreisen ein gemeinsames Interesse. Die Einführung des Preisbandes für Schweinefleisch und Gemüse ist eine im Interesse beider Gruppen gelegene Angelegenheit und dient beiden. Zu den besonderen Problemen der Landwirtschaft gehört die Verwendung der Stützungsmittel für die Milch. Wir haben im besonderen deswegen Interesse daran, weil mehr als 60 Prozent der milchliefernden Bauern drei oder weniger Kühe haben, für die der Erlös aus der Milchwirtschaft praktisch die Grundlage ihrer Existenz ist.

Dort, wo ein gemeinsames Interesse vorhanden ist, ist auch ein Weg zu gemeinsamer Lösung zu finden.

Der Abwanderung aus der Landwirtschaft kann man nur begegnen, wenn man das Sozial- und Arbeitsrecht des Landarbeiters dem der Arbeiter der übrigen Wirtschaft anpaßt. Unsere Forderung nach einem Grundsatzgesetz hat seine Berechtigung, und wir erwarten, daß die Regierung dieser unserer Forderung auch nachkommt. Wir haben schon einmal bewiesen, daß wir immer bereit sind, jenen besonderen Gegebenheiten, die das Leben des Landarbeiters bestimmen und die aus der Landwirtschaft kommen, auch in den gesetzlichen Verpflichtungen zu entsprechen und das Arbeitsrecht des Landarbeiters den besonderen Arbeitsbedingungen anzupassen.

Mit besonderer Freude nehmen wir die Ankündigung in der Regierungserklärung zur

Kenntnis, die die Schaffung eines modernen Arbeitszeitgesetzes betrifft. Ebenso nehmen wir zur Kenntnis, daß sich die Regierung bemühen wird, die Fragen der Krankenkassen und die Fragen der Altersrenten in positivem Sinn zu lösen.

Vernachlässigt scheint mir so wie in der Vergangenheit die Kulturpolitik. Wenn in der Regierungserklärung auch die Bedeutung des Hochschul- und des Berufschulwesens mit besonderem Nachdruck hervorgehoben wird, so haben wir gerade wegen des Verhaltens des Herrn Unterrichtsministers in der Vergangenheit, um nur eine Frage herauszugreifen, gegenüber unserer Forderung nach Errichtung eines Forschungsrates, für den seit Jahren Budgetmittel bereitgestellt sind, der aber bisher nicht errichtet wurde, ernste Bedenken.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert wurde an den Gebäuden der Mittelschulen nichts geändert. Der Herr Bundesminister für Unterricht konnte sich persönlich überzeugen, daß das Gymnasium, in dem er einmal aus- und einging, noch genauso erhalten ist wie zur Zeit, als Herr Dr. Drimmel noch Schüler des Staatsgymnasiums in Linz war. Die Forderungen der Elternvereinigungen sind nicht nur berechtigt, sondern sie müssen auch im Rahmen der wirtschaftlichen und der Budgetmöglichkeiten Erfüllung finden.

Die Vorgänge der letzten Zeit auf presse-rechtlichem Gebiet zeigen, wie notwendig ein neues, modernes Presserecht ist. Die Ankündigung, daß dem Parlament in nächster Zeit eine entsprechende Regierungsvorlage zugeleitet wird, nehmen wir beifälligst zur Kenntnis.

Die Erklärung der Regierung über die österreichische Außen- und Neutralitätspolitik können wir unterstreichen und bejahen.

Die dem Hause vorgetragene Regierungserklärung ist die Erklärung einer Koalitionsregierung. Nach dem Großen Brockhaus ist Koalition die Bezeichnung für den Zusammenschluß mehrerer Parteien zu einer Regierungsmehrheit. Seit mehr als zehn Jahren regieren in diesem Lande die beiden großen Parteien dieses Hauses. Die Ergebnisse dieser Regierungstätigkeit sind so augenfällig und für jeden Mann und für jede Frau in Österreich von so großem Vorteil, daß ihre Fortsetzung auch nach den Wahlen des 10. Mai für die Bürger und Bürgerinnen unserer Republik eine Selbstverständlichkeit ist.

Wieviel Kritik wird an dieser Koalitionspolitik geübt! Aber wo immer man nachliest, man wird immer nur finden, daß an äußeren Erscheinungen Kritik geübt wird, an Erscheinungen, die aus den oftmals gegenteiligen Meinungen der beiden Regierungsparteien ent-

stehen. Aber nie und nirgends wird ausgesprochen, wie man anders unter den gegebenen Verhältnissen eine Regierung in demokratischem Sinne führen könnte! Koalitionen verlangen Kompromisse. Verständigungen setzen aber den Willen zur Verständigung und das Verständnis für den Partner voraus. Diese Verständigungsbereitschaft haben wir Sozialisten bei Wahrung unserer grundsätzlichen Standpunkte immer bekundet und durch eine langjährige Zusammenarbeit bewiesen.

Wir Sozialisten nehmen die Regierungserklärung zur Kenntnis in der Erwartung, daß aus der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien der bisherige Weg erfolgreich weitergegangen werden kann, zum Wohle des österreichischen Volkes! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner, und zwar als Kontraredner, hat sich Herr Abgeordneter Dr. Gredler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. *(Ruf bei der ÖVP: Bei jeder Regierungserklärung eine neue Frisur! — Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. **Gredler:** Meine Frisur hat mehr Neuigkeiten als Ihre Regierungserklärungen! *(Abg. Olah: Diesmal sträuben sich die Haare!)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der französische Schriftsteller Joseph Arthur Graf Gobineau schrieb hundert Jahre vor dieser Regierungserklärung: „Parteien genießen wie schöne Frauen das Vorrecht, der Logik Trotz zu bieten und die erstaunlichsten Gegensätze auf geistigem wie sittlichem Gebiet zu vereinigen, ohne daß sie darum als unaufrichtig gelten würden.“ Wieviel schöner hätte Gobineau vielleicht noch formuliert, hätte er die Verhandlungen zur Regierungsbildung miterlebt! Die Regierungserklärung selbst hätte er vielleicht lediglich als Schlafmittel zu benutzen gewußt.

Das Urteil der Bevölkerung über die Verhandlungen, die schließlich zu dieser Regierungsbildung führten, ist längst feststehend. Durch Wochen wurde nicht um Konzepte, um Ideen, um Fragen der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Gestaltung gerungen. Es ist geradezu lächerlich, wenn es in der Regierungserklärung heißt: „Bei diesen Verhandlungen bildeten hauptsächlich Fragen des Wirtschaftsprogramms der neuen Bundesregierung Gegenstand der Erörterungen.“ Nein! Die Öffentlichkeit weiß es: es ging nur um Machtpositionen, um Posten, um Kompetenzen, um Sessel! Ein übles Feilschen um die Proporzgrenzen vollzog sich vor den Augen einer erstaunten, ja angewiderten Bevölkerung und leider auch vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Freilich, wer diese beiden Parteien am 10. Mai gewählt hat, konnte dies wohl vorhersehen und trägt und trug Mitverantwortung für diesen Schacher, der nun vorläufig — sehr vorläufig! — sein Ende gefunden hat.

Nach der erfolgreichen Beuteverteilung hören wir nun die Regierungserklärung. Begreiflich, daß sie nicht gerade kernig ist. Wer sich so lange Salz- und Pfefferfäßchen vor dem gemeinsamen Mahl an den Kopf wirft, hat eben keine Würze mehr, und die Suppe der Regierungserklärung schmeckt daher reichlich schal und fade.

Da war die Regierungserklärung 1956, als die Österreichische Volkspartei einen tatsächlichen Sieg errungen hatte, schon anders — bloß, daß sie nie verwirklicht wurde, darauf kommen wir noch zu sprechen.

Aber hören wir diese letzte vorliegende Erklärung, diese ewigen Zitate der Unverbindlichkeit, wo auf 15½ Maschinschreibseiten die Meisterleistung aufscheint, 67 Möglichkeitsformen und Konjunktive zu vereinigen: „es soll“ — nicht weniger als 29mal —, und dann: „es ist gedacht“, „es besteht die Absicht“, „man nimmt Bedacht“, „man werde trachten“, „es soll angestrebt werden“, „es wäre wünschenswert“, „man wird sich bemühen“, „man werde versuchen“, „man wendet das Augenmerk zu“, „man wird schrittweise heranzuführen“, „man wird langsam befriedigen“ und „langsam heranzuführen“. Meine sehr Verehrten! Das ist ja eine Sprachstunde für die Varianten der Möglichkeitsform in der deutschen Sprache, aber keine Regierungserklärung! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen halten dieser inhaltslosen Regierungserklärung unsere klaren Forderungen entgegen. Es sei hier nur an die Beseitigung des Proporz, an die Reform des Wahlgesetzes, an die totale Abschaffung auch der Reste der politischen Ausnahmsgesetzgebung erinnert, an unseren kürzlich eingebrachten Antrag zur Revision der Kriegsschädengesetze, wie überhaupt an unser Eintreten für Bomben- und Besatzungsgeschädigte, für Volksdeutsche und Auslandsösterreicher, Rückstellungsgeschädigte, Heimkehrer und Kriegsoffer, und schließlich an unsere Vorschläge zur Beseitigung des Rentnerelends, um nur einiges zu nennen. Für alle diese Kreise hat die Regierungserklärung nichts oder nur sehr unverbindliche Formeln zu sagen gewußt.

Die anderen Parteien haben kürzlich in diesem Hause verschiedene Anträge auf dem Gebiete des Wohnhausbaues, für ein Obdachlosenschutzgesetz, ein Landwirtschaftsgesetz, manche Reformgedanken auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung vorgelegt. Wir

sind sehr gerne bereit, mit einer oder auch mit beiden Regierungsparteien diese Gesetze zu diskutieren und vernünftigen Vorschlägen unsere Stimme zu geben. Aber leider bleibt ja diese von der Österreichischen Volkspartei im Wahlkampf so emsig vertretene These vom koalitionsfreien Raum doch nur Bluff. Das hat auch ein früherer Abgeordneter dieser Partei, der heute noch dem „Verband der Geistig Schaffenden“, der der Österreichischen Volkspartei zugehört, vorsteht, in seinem Organ richtig ausgeführt. In der Juli-Nummer schreibt er nämlich, daß das Gerede um eine stärkere Stellung des Parlamentes Larifari sein werde.

Ich kann mir vorstellen, daß vielleicht auch der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Herr Oscar Pollak, daran gedacht hat, als er in der heutigen Nummer geschrieben hat, man zeige den ausländischen Gästen, die nach Wien kommen, bereitwillig alles, auch das weniger Gute, das es in Wien gibt; er hat da vielleicht an das Parlament gedacht. *(Abg. Dr. Neugebauer: Das ist wohl überflüssig! — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

Nun noch ein Wort zu den Regierungsverhandlungen. Um den Umfang und die Bedeutung der Konzessionen der Österreichischen Volkspartei auf dem Gebiete der verstaatlichten Betriebe zu begreifen, muß man mit dem Ausland Vergleiche ziehen. Dabei muß unterstrichen werden, daß die Österreichische Volkspartei die IBV ebenso preisgab, wie sie es mit dem Finanzminister tun wollte; ich erinnere an die Ausführungen meines Vorredners. Man hört, daß bei den Verhandlungen der Vizekanzler selbst oder der Herr Abgeordnete Dr. Broda sich um eine Konstruktion bemüht haben, die das fachliche Team oder die Institution der IBV überhaupt weiter ermöglicht hätte. Aber da war es der juristische Berater der Volkspartei, der dieser Konstruktion den Todesstoß gab, obwohl damit eine halbwegs objektive Führung der verstaatlichten Industrie, der die IBV immerhin nahekam, verbunden war.

Ich sprach vorhin von Formen, in denen das Ausland seine verstaatlichten Betriebe verwaltet. Ob man an die italienische IRI, an den britischen Coal Board oder Power Board, an die Charbonage de France, an die skandinavischen Rechtsformen denkt — überall bleibt die Gesamtkonstruktion frei von politischen Einflüssen, die Führung liegt in der Hand von Menschen, die nach fachlichen Qualitäten ausgewählt werden und deren politische Gesinnung — und das ist das wichtige — in diesen Ländern meist überhaupt unbekannt ist. Nur in Österreich wird der wichtige und große Bereich der verstaat-

lichten Betriebe planwirtschaftlich und privatwirtschaftlich hin- und hergestoßen, je nach Wahlausgang. Und nun hat man ein Politruksystem erfunden, welches die Versuche der IBV, Fachqualität vor Parteibuch zu setzen, ins Gegenteil umkehrt und den Proporz in einem Maße verankert, wie er noch nie da war. Und daran trifft erschreckenderweise sogar die Österreichische Volkspartei die Hauptschuld. So bleibt denn die betrübliche Feststellung, daß wir trotz der eindeutigen politischen Verhältnisse in diesem Hohen Haus eine Form der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe in Österreich haben, die ihre Parallele zweifellos nicht vor, sondern weit eher hinter dem Eisernen Vorhang findet und auf halbem Weg etwa zwischen Belgrad und Moskau zu suchen ist.

In der Regierungserklärung hat man — es sei nochmals erwähnt — bewußt alle grundsätzlichen Formulierungen vermieden. Man kann dies verstehen, wenn man daran denkt, wie etwa die Volkspartei so ziemlich alle ihre Grundsätze, die sie während der Wahl entwickelt hat, im Zuge der Regierungsverhandlungen so schrittweise kampflos preisgab. Alles, was da vor der Wahl versprochen wurde, ist nun gebrochen, nicht gehalten — oder vielleicht konnte man es nicht einhalten. Und dabei versucht man gelegentlich bei uns nach Grundsätzen zu forschen und uns die heitere Frage vorzulegen, ob wir Freiheitlichen nicht etwa gar Marxisten seien oder Marxisten in unseren Reihen hätten! Denken Sie an die Opferung der IBV, und dann wird es leichtfallen, festzustellen, wer das Recht hat, in diesem Hause solche Fragen aufzuwerfen.

Die Regierungserklärung hat sicherlich auch Positives enthalten. Sie streift eine Fülle von Problemen, wenn auch in unklaren Formulierungen. Es ist sicherlich nicht verwunderlich, daß so ziemlich alle unabhängigen Zeitungen in Österreich, auch die wahrhaft lammfrommen, diese merkwürdige Regierungserklärung der verwaschenen Formulierungen wegen heftig kritisieren. Interessant aber ist vielleicht ein Blick in die Zeitungen beider Regierungsparteien. Die „Neue Tageszeitung“ der Österreichischen Volkspartei hält es nicht einmal für notwendig, am Tag der Regierungserklärung ihren Leitartikel diesem Thema zu widmen. Ihr Leitartikel heißt: „Polnisches Dilemma“. Vielleicht wollte sie vermeiden, über das österreichische Dilemma zu schreiben. Anders die „Arbeiter-Zeitung“. Hier finden wir den originellen Satz, daß die Regierungserklärung diesmal von beiden Parteien gemeinsam verfaßt wurde und daher auch von beiden Parteien gemeinsam vertreten werde. Man sieht es ihr übrigens auch an! Die Regierungserklärung 1956, die wesentlich klarere

Aussagen enthielt, scheint also nicht gemeinsam erstellt worden zu sein. Denn ich erinnere mich in diesem Zusammenhang sehr genau an den Ausspruch eines sehr prominenten Sozialisten in einem parlamentarischen Ausschuß. Er hat damals gesagt: Aber bitte, meine Herren, hinsichtlich dieser Materie, die gerade zur Verhandlung steht, besteht doch zwischen beiden Regierungsparteien eine wirkliche Einhelligkeit — das ist doch nicht wie bei der Regierungserklärung! Daher hat man vielleicht jetzt die Regierungserklärung so formuliert, daß bei diesen „soll“ und „würde“, „hätten“, „könnten“ und „werden“, bei allen anderen Konjunktiven ja gar nichts anderes als ja dazu gesagt werden kann, weil eben praktisch nichts drinnen steht.

Unter diesen Voraussetzungen darf man sich natürlich nicht wundern, daß von den 1956 verkündeten Grundsätzen und Prinzipien fast nichts verwirklicht wurde. Daher hat man eben vermieden, jetzt Prinzipien aufzustellen. Die Koalition bleibt sich in ihrer Sterilität gleich, nur gibt sie es diesmal gleich bei der Regierungsbildung von vornherein zu. Sie stellt erst gar keine Prinzipien und Grundsätze auf; das letzte Mal tat sie dies, ohne sie zu verwirklichen, diesmal muß sie gar nichts verwirklichen bei diesen „soll“, „schrittweise erfolgen können“ — bitte man weiß ja nicht: vielleicht schrittweise langsam, das kann ja sehr lange dauern!

Zurück zur Erklärung. Wir werden selbstverständlich alles gutheißen, was sich für die Stabilität der Währung, der Kaufkraft, die Sicherung der Vollbeschäftigung ausspricht. Aber sagen Sie mir, was heißen denn so schwächliche Sätze wie: daß man auf die Förderung dringender volkswirtschaftlicher Anliegen auch in Zukunft nicht verzichten wolle — ich möchte doch eine Regierungserklärung lesen, wo man schreibt, daß man auf die Förderung dringender volkswirtschaftlicher Anliegen in Zukunft verzichten werde — das ist doch eine Selbstverständlichkeit! Und seitensweise könnte man Ihnen solche Selbstverständlichkeiten, die aber vorsichtig auch in die Möglichkeitsform hineingestellt sind, vorlesen. Die Absicht wird da etwa verkündet, steuerliche Härten auszugleichen. Aber ist es nicht bezeichnend, daß ein Satz, der noch vor der Schlußredigierung geheißt hat, man wolle die Belastung der Konsumenten ebenso vermeiden wie die Heranziehung neuer Steuermittel, in der Schlußformulierung abgeändert und der zweite Teil gestrichen wird, was also praktisch bedeutet: anscheinend erwägen Sie die Heranziehung neuer Steuermittel!

Liest man die, wie eine Zeitung richtig schrieb, ungefüge aneinandergereihten Wünsche der

einzelnen Regierungsmitglieder durch, so fällt ferner das vollkommene Fehlen aller verfassungsrechtlichen Probleme auf. Kein Wort über eine Reform der Wahlgesetzgebung, obwohl vorhin darüber in diesem Haus gerade gesprochen wurde! Kein Wort über die Anpassung der Verfassung an die faktische Stellung der Parteien! Kein Wort über den Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit, Schutz der Menschenrechte, Volksbegehrensgesetz, um nur einiges zu nennen.

Wie ein schlechter Scherz klingt es, wenn wir wie bei jeder Regierungserklärung, nur immer unwahrscheinlicher formuliert, die neuerliche Erwähnung einer Verwaltungsreform hören oder etwa die öffentliche Ausschreibung von Dienststellen gerade in dem Augenblick, wo man sich bemüht, noch den letzten Winkel proporzfreier Stellen einzufärben. Man hört dagegen mit Vergnügen, daß der Autobahnbau fortgesetzt wird. Man darf hoffen, daß die bereits 1952 und hinsichtlich der Südtrasse 1955/56 als Wahlschlager verkündeten Autobahnbauten auch noch das Koalitionskabinet Raab XV beschäftigen werden. (*Heiterkeit.*)

So erfreulich es ist, daß die Zahl der mit öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen gesteigert werden soll, so sehr ist zu bezweifeln, daß auf dem so verwirrten und fehlgelösten Sektor des Wohn- und Mietwesens etwas Grundsätzliches geschieht. Das Versprechen, den Anspruch jedes Staatsbürgers auf gesunde und menschenwürdige Wohnräume zu erfüllen, liest man ja wahrlich gerne. Aber sagen Sie: Was soll jene alte Frau damit tun, die seit Jahren auf einem Planierungsgrundstück der Gemeinde Wien in Meidling zeltet? Die Erklärung wird sie wenig befriedigen. Oder die Hunderte von Insassen der Obdachlosenheime, die heute hier eine Deputation vorsprechen ließen. Oder etwa jene Familie, die in Baden bei Wien in einem öffentlichen Bad über Nacht Obdach bekommen hat, weil man ihr nirgends einen privaten Wohnraum zur Verfügung stellen konnte. Oder die neun Mieter des Hauses Große Sperlgasse 7, die gestern hier einen Brief den Parteien dieses Hauses unterbreitet haben, wonach sie delogiert werden und nirgends für sie eine Wohnung vorhanden ist. Von den papierernen Deklarationen werden sich die nichts abbeißen können.

Ähnlich ist es mit den Rentnern. Wie schwächlich klingt es, wenn man hört, man müsse trachten, die Altrentner „schrittweise“ an ein höheres Niveau „heranzuführen“. Die meisten werden leider schon tot sein, wenn man sie schrittweise an das höhere Niveau herangeführt hat. Diesem nichtssagenden Grundsatz steht doch die Not von vielen hundert-

tausenden weit unter dem Existenzminimum lebenden Rentnern gegenüber.

Wir Freiheitlichen begrüßen es, wenn etwa die Agrarpolitik oder die Kulturpolitik manch Positives in der Regierungserklärung findet. Es würde sich jederzeit eine parlamentarische Mehrheit für ein Landwirtschaftsgesetz, für eine entsprechende Reform, einen Ausbau des Schulwesens finden, wollte man sie nur suchen.

Es scheint mir überflüssig, nun alle 15 Seiten der Unverbindlichkeit durchzugehen und die Blüten von allen diesen Phrasen zu entblättern. Sie wissen selbst sehr genau, meine Damen und Herren, was Sie von diesem Lehrheftchen der Möglichkeitsformen zu halten haben.

Selbst im Kapitel Außenpolitik fehlt ein klares Konzept. Hinsichtlich Südtirols wurde fast das gleiche wie 1956 gesagt; eine klare Definition der Neutralität ist nicht vorhanden, ein eindeutiges Bekenntnis zu Europa ebenso nicht.

Schon die bisherige Bundesregierung hat die Kardinalfrage der österreichischen Wirtschaft, die über das Wirtschaftliche weit hinausgeht, nämlich das Problem des Einbaues Österreichs in Gesamteuropa, nicht gelöst. Ich gestehe, daß wir mit besonderer Erschütterung die kürzlichen Ausführungen des Herrn Vizekanzlers Dr. Pittermann gehört haben, der sich gegen eine Assoziation mit der EWG ausgesprochen hat, weil in diesen sechs Ländern, wie er sagte, der „Bürgerblock“ herrsche. Wir wissen doch, daß wir mit der EWG 50 Prozent, ja bis zu 54 Prozent unserer Ausfuhr und Einfuhr abwickeln und daß dagegen unsere Austauschquote mit den Partnerstaaten von Saltsjöbaden bei Stockholm, der sogenannten äußeren kleinen Freihandelszone, nur etwa 10 Prozent beträgt. Wir können uns handelspolitisch auf die Dauer nicht gegen, nicht außerhalb von Kerneuropa entwickeln.

Wir Freiheitlichen haben — das sei auch einmal gesagt — eigentlich immer Österreich als Kern Europas empfunden, und wir bedauern, wenn mit unserer und Österreichs Mitschuld dieser Ausdruck „Kerneuropa“ mehr und mehr für die im Grunde genommen periphere Gemeinschaft der sechs Staaten der EWG allein gewählt wird.

Man hat übrigens versucht, dieses Bekenntnis von uns umzudeuten. Im Wahlkampf schrieb die Zeitung der niederösterreichischen ÖVP, ich würde nach dem Bayrischen Hilfszug spielen, weil ich bei einer Rede im Tullnerfeld das Mittun Österreichs in der europäischen Wirtschaftsintegration gefordert hatte. So geistreich sein kann man natürlich auch.

Aber ist es nicht erschütternd, wenn einer der maßgeblichsten Männer dieses Landes

die Frage der Teilnahme an der europäischen Integration von Problemen der Innenpolitik in einzelnen Staaten abhängig macht? (*Abg. Dr. Hofeneder: Da hat er recht!*)

Wir Freiheitlichen kennen in unserem Europabekenntnis keine christlich-konservative, keine sozialistische, keine liberale Gesinnungsspaltung, sondern nur den Gedanken der Zusammenarbeit dieses europäischen Kontinents! (*Beifall bei der FPÖ.*) Unser Europabekenntnis ist unabhängig von der Frage der Zusammensetzung staatlicher Regierungen und darum allein ehrlich, absolut und wirklich europäisch.

Ebenso eindeutig und ebenso klar, um wieder zur Innenpolitik zurückzukehren, ist unser Bekenntnis gegen den Proporz. Ich erinnere mich, daß Herr Dr. Maleta bei der letzten Regierungserklärung sich auch mit diesem Problem befaßt hat. (*Abg. Dr. Kandutsch: Er wird es heute wieder tun!*) Wir fordern ihn auf, doch einen Beweis zu liefern. (*Abg. Dr. Maleta: Abwarten!*) Und er gab den Beweis, indem er damals sagte: Diese Freiheitlichen wenden doch bei den parlamentarischen Ausschüssen auch den Proporz an. Meine sehr Verehrten, das ist doch etwas völlig Verschiedenes! Etwa die Schweiz, die wahrlich keinen Proporz kennt in unserem Sinne und deren Bankpräsidenten oder deren Bahnpräsidenten man nicht nach seiner politischen Gesinnung beschnüffelt, auch nicht bei gemeinwirtschaftlichen Institutionen, sie hat in der Kantonalverwaltung, in der Regierungsverwaltung auch einen verfassungsrechtlichen Proporz. Aber es ist doch etwas ganz anderes, ob man an parlamentarischen Ausschüssen kraft Gesetzes teilnimmt oder ob man versucht, vom Generaldirektor bis zur Abwaschfrau alles politisch einzufärben. Dagegen sind wir. Und nun bin ich neugierig, wie er — er hat ja die Chance, nach mir zu sprechen — nun beweisen wird, daß wir auch versuchen, in der Wirtschafts- und in der Kulturpolitik zu verpolitisieren. Einen Beweis ist er uns seinerzeit schuldig geblieben, und er wird ihn auch heute schuldig bleiben müssen.

Meine Damen und Herren! Sie färben selbst den Rechnungshof ein. Der Rechnungshof soll jetzt „objektiver“ gestaltet werden. Wie macht man das? Zu dem bisherigen Präsidenten von einer Farbe nehme man den Vizepräsidenten von der anderen Farbe! Denn „objektiv“ in Österreich oder, wenn Sie wollen, „überparteilich“ heißt nach Ihrem Konzept nur, daß immer ein Roter einem Schwarzen und ein Schwarzer einem Roten in die Karten schauen darf. Das nennen Sie möglichst partei- und politisch frei.

Die Regierungserklärung 1956, um noch einmal kurz auf sie hinzuweisen, enthielt zum

Unterschied von der jetzigen eine ganze Reihe von echten politischen Aussagen. Man konnte sich ein Bild machen, was tatsächlich beabsichtigt ist. Unter anderem sagte man, man wolle gegen die staatliche Defizitwirtschaft angehen. Ich erinnere Sie an das, was etwa die Sozialisten im Wahlkampf schrieben über die Verschuldung im Ausland. Einige Herren von der Gewerkschaft haben ein sehr interessantes Zahlenmaterial verwendet, ich glaube, Herr Dr. Migsch hat sogar eine Denkschrift an jeden Wähler geschickt; sie kam auch bei mir an. Und da hat er zu dieser staatlichen Defizitwirtschaft einiges gesagt.

Dann sagten Sie in der Regierungserklärung damals, wie übrigens auch jetzt, Sie wollen eine Vereinfachung unseres Steuersystems! Haben Sie es vereinfacht? Oder Sie sagten, daß die Wirtschaft die kleinen Gewerbetreibenden vor große Probleme stellen würde. Ja sicher, die stehen jetzt vielleicht vor noch größeren Problemen! Und man wolle den Weg, die Steuertarife zu senken, zu ändern, zu vereinfachen, weiter beschreiten. Nun, wo haben Sie ihn weiter beschritten? Und man wolle die Kapitalmarktfinanzierung fördern. Ist die Aktie nicht nach wie vor doppelt besteuert? Und vor allem wolle man eine gute Counterpart-Politik führen. Ja, wenn man sie führen kann! Aber da sitzen die Amerikaner auf dem Geld, weil Sie sich nicht einigen, ob man das Wiener Memorandum, das außerhalb des österreichischen Parlaments beschlossen wurde, erfüllen soll oder nicht!

Wir Freiheitlichen stehen auf dem Standpunkt, daß das Wiener Memorandum dem Parlament hätte vorgelegt werden müssen, aber wenn es schon rechtsverbindlich ist, dann: Pacta sunt servanda! — und nicht nur nach dem Osten Verbeugungen machen und nach dem Westen nicht. Wenn Sie eine Rechtsnorm unterzeichnet haben unter Umgehung des Parlaments, ist dies bedauerlich, aber es ist zu prüfen, wie man sich nun verhalten soll. Oder man soll offen handeln und sagen, man kann die Erdölvereinbarung nicht in dieser Form erfüllen. Jedenfalls eines geht nicht: daß man durch Jahre hindurch keine Entscheidung trifft, mit dem Ergebnis, daß man gar keine Counterpart-Politik mehr führen kann, weil die Rückflußmittel nun gebremst und abgestoppt sind.

Man sprach von vordringlichen Aufgaben bezüglich des ehemals deutschen Eigentums. Dieses Problem wurde ganz gut gelöst. Daher hat man auch den verantwortlichen Herrn seines Staatssekretariats entkleidet.

Man sprach von der Lösung des Wohnungsproblems als der dringenden Forderung der Zeit. Bitte, wurde es gelöst? Althausbesitz

verfällt, öffentliche Mittel werden nur nach dem Proporz vergeben! Sprechen Sie mit den Mietern, mit den Hausherrn, mit den Obdachlosen: es herrscht eine allgemeine Unzufriedenheit!

Man erwähnte in dieser damaligen Regierungserklärung, wie diesmal, einen leistungsfähigen Bauernstand. Das Landwirtschaftsgesetz hat man aber nicht beschlossen!

Man sprach von der Bereinigung der NS-Gesetzgebung. Wir warten seit Jahren auf das Dienstzeiteausgleichsgesetz.

Man sprach damals, man werde für Bomben- und Besatzungsgeschädigte und für Spätheimkehrer etwas tun, und man schuf ein elendes Gesetz, das von dieser Stelle einer der Mitarbeiter, der Abgeordnete Marchner von der Sozialistischen Partei, ebenfalls angriff und geißelte.

Man sprach von einer Verbesserung der zurückgebliebenen Renten — 1956 wesentlich energischer als jetzt 1959. Man hat sie damals anscheinend rascher „entgegenführen“ wollen. Dieses Entgegenführen scheint sich aber in einem sehr mühsamen Tempo zu vollziehen und immer langsamer zu werden.

Man sprach 1956 von der Obsorge, der sozialen Frage der Hochschülerschaft, 1959 von neuen modernen Schulen und Forschungsstätten. Nichts ist geschehen.

Man spricht auch von Südtirol, damals wie heute, und man spricht vom Rundfunk. Und man fand damals eine großartige Lösung: man setzte ein Ministerkomitee ein, dem sollte der Rundfunk unterstellt werden. Und es hieß, man werde endgültige Richtlinien ausarbeiten und für die Organisation und für die Programmgestaltung des österreichischen Rundfunks Sorge tragen. Nun, man hat es in den letzten Jahren bemerkt: den „Watschenmann“, den hat man abgeschafft und hat ihn ersetzt durch die Reden des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vizekanzlers gegeneinander. Raab kontra Pittermann, Pittermann kontra Raab. (*Beifall bei der FPÖ.*). Der Humor wurde genormt: dreimal rot gelacht, dreimal schwarz gelacht. Das ist besser als Oleg Popow, der russische Clown. Nur bei den Sendungen der Regierungspolitik hätte vielleicht auch Popow manche Träne vergossen.

Ich sagte schon: Wir müssen uns gegen diese nichtssagende Zusammenfassung ministerieller Möglichkeitsformen aussprechen. Und es kann ja auch nichts anderes herauskommen, denn es sind zwei im Grundsatz völlig entgegengesetzte Parteien; daher können sie sich nicht im Grundsatz vereinigen, sondern entweder sie verkünden bei einer Regierungserklärung einen Grundsatz und erfüllen ihn nicht, oder sie machen es sich bequemer wie jetzt und bekennen eben gleich von vornherein, daß es

nicht geht, und verkünden daher keine Grundsätze.

Ich möchte hier einige klare Formulierungen entgegenstellen. Wir Freiheitlichen wollen die Wiederherstellung und Sicherung des Rechtsstaates sowie die Souveränität eines nicht durch Koalitionsfesseln behinderten, nach natürlichen Mehrheiten abstimmenden Parlamentes entsprechend dem tragenden Prinzip der Gewaltentrennung in der Demokratie. Wir wollen die echte Beseitigung des Proporz in allen Bereichen der Verwaltung, der verstaatlichten Industrie, der Banken, der Wirtschaft, der Kultur, wo immer. Wir wollen eine Reform des Wahlgesetzes. Und sosehr ich Verständnis für die Ausführungen meines Herrn Vorredners habe: die tiefe Ungerechtigkeit dieses Wahlsystems liegt nicht so sehr in der Tatsache, ob man nach Wählerstimmen oder Bevölkerungstärke rechnet. Denn hier liegt ein politischer Gesichtspunkt drinnen, über den man sehr ernst diskutieren muß. Sie liegt viel mehr in der Tatsache, daß die Stimmen für eine kleinere Partei praktisch um die Hälfte weniger wert sind als die Stimmen für eine Großpartei. Sie wissen alle, daß bei einer echten Gleichwertigkeit aller abgegebenen Stimmen wir mit etwa 13 oder 14 Abgeordneten hier in diesem Hause sitzen würden. Und ich stehe auch nicht an, obwohl ich überzeugt bin, oder vielleicht gerade weil ich überzeugt bin, daß niemand jetzt glaubt, Ernst Fischer hätte mir einen Brief zugesteckt, Ihnen zu sagen: Ich finde es eines demokratischen Staates unwürdig, die kommunistische Opposition nur mit Hilfe eines Wahlgesetzes loszuwerden. Sie wären früher oder später auch dann hinausgewählt worden aus diesem Haus, wenn das österreichische Wahlgesetz nicht so unfair wäre. Über 140.000 Wähler, gleichgültig ob dieser oder jener Richtung, haben ein Recht, durch Abgeordnete in diesem Hause vertreten zu sein. Es ist nichts anderes, nur viel schärfer als das französische System, das heute die stärkste Partei drüben, die Kommunisten, auf zehn Abgeordnete degradiert. Wir haben uns als freier demokratischer Staat zu unterscheiden von dem System des Ostens, indem wir den Mut haben, auch jenen die Möglichkeit zu geben — wie den Kommunisten in diesem Hause —, ihre Meinung zu vertreten. Und mit 140.000 Stimmen hätten sie dieses Recht. Außerdem hat es ihnen auch nichts genützt, sie sind trotzdem wesentlich schwächer geworden.

Die direkte Demokratie wird auch durch Volksabstimmungen, Volksbegehren, Ausbau der Verfassungsgerichtbarkeit zu fördern sein. Eine Verwaltungsreform mit dem Ziel, die Gesetze verständlicher zu machen, ist eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Der An-

spruch der öffentlichen Beamten auf das 14. Monatsgehalt kann nicht in Zusammenhang mit der Frage der Verwaltungsreform gebracht werden. Es wäre dies eine unzulässige Überwälzung der Verantwortung.

Ferner wollen wir eine Revision der Kriegssachschädengesetze. Darüber wurde schon gesprochen; ebenso über die Notwendigkeit eines wirksamen Familienlastenausgleichs, über Begabtenförderung und Berufsausbildung und über die Frage der Verbesserung der Renten — wie unendlich viel wäre doch hier zu machen. Wie kann man von einem Staat der Wirtschaftsbüße sprechen, wenn in Wahrheit vielleicht 800.000, 900.000 Menschen in Österreich unter dem Existenzminimum leben?

Die Freiheitlichen verlangen die Gewährung einer Frauenzulage an die Sozialrentner mit einer einkommenslosen Gattin, allgemeine Erhöhung der Mindestrenten überhaupt, die Gewährung eines Hilfenzuschusses in besonderen Fällen, die Erhöhung des Sterbegeldes, die Anpassung der Renten der Selbständigen-Pensionsversicherung sowie der landwirtschaftlichen Sozialversicherung an die ASVG.-Renten, die Beseitigung der Krankenscheinegebühr, vor allem die Beseitigung dieses harten Unrechtes an den Angestelltenrentnern, über die vor allem mein Klubkollege und Freund Kandutsch so oft in diesem Hause gesprochen hat. Ich muß es mir ersparen, heute Ihnen alle diese vielen von uns in diesem Hause immer wieder und erfolglos an Sie herangebrachten Prinzipien darzulegen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Die Stabilität der Währung? — Herr Kollege, wenn ich daran denke, daß die Affäre Haselgruber, zu der ich nur mit einem Wort zurückkehren will, nicht durch die Pleite allein und nicht durch die 23 Millionen, auf denen Sie natürlich noch immer sitzen, sondern dadurch, daß man jetzt die Maschinen dort verfallen läßt, der gesamten österreichischen Volkswirtschaft vielleicht 900 Millionen Schilling kostet, dann wage ich zu behaupten, daß man sehr viele Rentnerwünsche und sehr viele andere Forderungen ohne weiteres erfüllen kann, ohne die Stabilität der Währung auch nur im geringsten zu gefährden.

Die Freiheitliche Partei tritt für eine Sanierung der sozialen Krankenversicherung ein und lehnt dabei zwei extreme Standpunkte ab: auf der einen Seite den staatlichen Gesundheitsdienst, auf der anderen Seite die Kostenbeteiligung der Versicherten ohne Rücksicht auf deren soziale Lage. Im Zusammenhang mit einer Verwaltung nach den Grundsätzen höchster Sparsamkeit sollte der Staat einen Zuschuß für alle jene gesetzlichen Leistungen der Krankenversicherung gewäh-

ren, die der ursprünglichen Aufgabe der Krankenversicherung wesensfremd sind.

Im Sozialwesen: Beteiligung der Belegschaft am Mehrertrag, der sich aus der Zusammenarbeit der Sozialpartner im Betrieb ergibt, unter steuerlicher Begünstigung.

Auf dem Gebiete des Wohnbaues ließe sich so viel sagen, es steht heute einfach die Zeit dazu nicht zur Verfügung. Aber Detailösungen werden hier nicht helfen, nur eine generelle Regelung aller das Wohnbauwesen umfassenden Probleme, wozu natürlich auch die Rettung des Althausbesitzes gehört.

Zu der Frage der Landwirtschaft ist schon viel gesprochen worden. Sie wissen, daß wir dafür jederzeit ein offenes Herz haben.

In der Wirtschaftspolitik haben wir schon oft unser Bekenntnis zum Privateigentum unterstrichen. Wir glauben auch, daß es notwendig ist, zwischen der verstaatlichten Industrie und der privaten Industrie eine echte Konkurrenzneutralität herzustellen. Wir glauben darüber hinaus, daß der Eintritt in die EWG, zumindest aber eine Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unerlässlich ist und daß die Beteiligung an einer großen oder kleinen Freihandelszone nach den Stockholmer Beschlüssen letztlich nicht geeignet sein kann, alle handelspolitischen Interessen Österreichs auch entsprechend zu wahren. Es ist klar, daß wir gerade für die Förderung des Mittelstandes eintreten, daß ein breiter fundierter Mittelstand als beste Abwehr gegen die Kollektivierung aller — aller! — Schattierungen heute verbunden sein muß mit verschiedenen an Handel, Gewerbe und andere Stände zu gebenden Privilegien, Erhöhung des Freibetrages der Gewerbesteuer, steuerlicher Begünstigung nicht entnommener Gewinne, Reform der Umsatzsteuer, Beseitigung der Haushaltsbesteuerung, um wieder nur einige Punkte zu nennen, zu denen bei einem anderen Anlaß vielleicht ausführlicher zu sprechen sein wird.

In der Schul-, Erziehungs- und Kulturfrage habe ich schon eingangs meiner Ausführungen gesagt: Wir verlangen ein neues Schul- und Erziehungsgesetz in Verbindung mit einer Neuordnung der Lehrpläne, eine Erweiterung der Schulpflicht auf das neunte Schuljahr und eine, um nur eines daraus zu nennen, Reform der Schulbücher. Denn die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturraum soll darin ebenso ihren Ausdruck finden wie die Erziehung zu unserem europäischen Gemeinschaftsbewußtsein. Die Fragen der Schulneubauten — wir haben heute einen diesbezüglichen Antrag eingereicht — liegen uns ebenso am Herzen wie eine Förderung begabter Kinder. Ich kann vielleicht an diesen Dingen wie an unserem Eintreten für die Aktivierung der

Gesetzgebung — Antikorruptionsgesetz, um nur ein Beispiel zu nennen — vorbeigehen. Einiges also ist hier gesagt worden aus unserer Zielsetzung, es soll damit genügen.

Sie, meine Herren von der Regierung, haben bei Ihren Erklärungen kaum einen Punkt klar ausgedrückt, es sei denn zwei längere Sätze, und ich will sie an den Schluß meiner Ausführungen setzen, so wie sie mein Vorredner an den Eingang gesetzt hat. Goldene Worte stehen am Ende der Regierungserklärung und standen am Anfang der Ausführungen des Herrn Kollegen Aigner, nämlich: Eine richtige Demokratie kann nur bestehen, wenn jeder Bewohner dieses Staates die Überzeugung des anderen achtet, wenn die Freiheit der Gesinnung gewahrt und die Freiheit des Arbeitsplatzes gesichert ist.

Meine sehr Verehrten! Ist das in unserem Vaterland wirklich so? Wird immer die Überzeugung des andern geachtet? Wird immer die Freiheit der Gesinnung gewahrt und die Freiheit des Arbeitsplatzes gesichert? Oder ist es nur so, daß in einem Austauschverfahren, wenn einmal die Freiheit der roten Gesinnung gesichert ist, das andere Mal auch die Freiheit der schwarzen Gesinnung gesichert werden kann? Et vice versa. Und am Schluß verkündet diese Regierungserklärung, daß dort, wo die Freiheit der Gesinnung nicht gewahrt bleibe, die Demokratie zerbreche — sehr richtig! —, und dann heißt es wörtlich: und dies würde ein Ende der Koalition bedeuten.

Mit diesem Satz, meine Damen und Herren, demaskiert sich das ganze Gebäude. Die Fortdauer der Koalition ist das Wichtigste, wichtiger als das Ende der Demokratie, wichtiger als die Freiheit der Gesinnung, denn um ihretwillen wurde ja monatelang um Posten und Sessel gerungen. Für das Problem der demokratischen Rechte des Parlamentes waren vielleicht Minuten der Verhandlung genug, um schließlich den Gedanken eines koalitionsfreien Raumes, von dem Sie, meine Damen und Herren von der Volkspartei, in der Wahlzeit so schön geschwärmt haben, fallenzulassen! Nein, gerade in diesem System der Koalition besteht die Freiheit der Gesinnung nicht wirklich, sondern die Totalität, dividiert durch zwei!

Damit vollzieht sich hinter dem Paravent einer Scheindemokratie am Rande des Eisernen Vorhangs eine Unterhölzung der Gesinnungsfreiheit. Und ein Spatenstich am Grabe einer echten Demokratie ist eben diese Regierungserklärung, in der nur ein Bekenntnis wirklich echt ist: nämlich das Bekenntnis zur Koalition! Und das ist auch das einzige, was außer dem Straßenbau oder irgend ähnlichen Dingen dort absolut und klar gesagt worden ist.

Nun, das Ende der Koalition ist ja nicht zu befürchten, eher die Verewigung von Proporz, die Verewigung dieser Dinge, wie Sie sie in der Regierungserklärung vor der Menschheit nackt ausgebreitet haben, und damit ist zu befürchten das Ende einer wirklichen Demokratie!

Da diese Regierungserklärung im Grunde gar keine Erklärung ist, sondern eine müde und fade Demaskierung der Konzeptlosigkeit einer Koalition der Gegensätze, erübrigt sich festzustellen, daß wir Freiheitlichen dazu natürlich nein sagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Maleta. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Maleta:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein verehrter Herr Vorredner hat sehr viel von mangelnden Grundsätzen gesprochen, von der Schwäche der Koalitionsparteien, von einer besonderen Schwäche der Österreichischen Volkspartei. Ich wundere mich nur darüber, Herr Dr. Gredler, daß man dann in Ihrer Partei nicht merkt eine besondere Stärke, eine Einheit in den Grundsätzen und eine innere Geschlossenheit. (*Ruf bei der FPÖ: Beweise!*) Sehr verehrter Herr Dr. Gredler! Ihre Partei unterscheidet sich in einem wesentlich von anderen national-liberalen Parteien in Europa, nämlich darin, daß Sie in Ihrer staatspolitischen Vergangenheit eine andere Grundhaltung eingenommen haben, und das ist mit eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen können. (*Zwischenruf des Abg. Zeillinger.*) Wir, die Österreichische Volkspartei, tragen eine staatspolitische Verantwortung! (*Ruf bei der FPÖ: Der ewig gestrige Maleta!*) Wir müssen dafür Sorge tragen, daß dieser Staat zwischen West und Ost, an drei Seiten von Volksdemokratien umgeben, seinen inneren Frieden und seine äußere Freiheit bewahrt. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Diese Koalition ist nicht leicht. Diese Koalition ist bestimmt eine Zwangsehe. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Aber ich frage Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, was die österreichische Bevölkerung dazu sagen würde, wenn diese Koalition aufgekündigt worden wäre und eine Ungewißheit in der politischen Entwicklung Platz gegriffen hätte! Ich bin davon überzeugt, daß sowohl die Wähler der Österreichischen Volkspartei wie auch die Wähler der Sozialistischen Partei von ihrer Parteiführung verlangen, daß sie die Grundsätze ihres Parteiprogramms möglichst durchsetzen soll. Aber noch mehr sind wir gemeinsam davon überzeugt, daß diese Koalition 14 Jahre hindurch Österreich aus den

Gefahren herausgeführt hat und daß die Freiheit des Staates dieser Zusammenarbeit der beiden großen Gruppen zu verdanken ist. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war sicherlich eine sehr lange Zeitdauer, über die sich die Regierungsverhandlungen erstreckt haben. Sie haben über neun Wochen gedauert. Aber lassen Sie mich darüber ein offenes Wort sagen. Die Ursache ist darin zu sehen, daß das Wahlergebnis geradezu mit der Apothekerwaage das Gleichgewicht zugemessen hat. Es ist sicherlich leichter für Verhandlungspartner einer Partei, Konzessionen zu machen, Kompromisse zu schließen und sie vor den eigenen Parteianhängern zu verantworten, wenn die andere Partei sichtbar die stärkere ist. Aber wenn zwei gleich starke Gruppen einander gegenüberstehen, dann sind die Verhandlungspartner beider Parteien vor ihren Anhängern in der schwierigen Lage, den Nachweis zu führen, daß sie sich vom politischen Gegner nicht überrunden und überlisten lassen, und daher war das Problem der Herstellung des Gleichgewichtes in der Regierung das entscheidende Problem. Und, sehr verehrter Herr Dr. Gredler, es ist nicht um Positionen gegangen (*Heiterkeit und Widerspruch bei der FPÖ*), nicht um Sinekuren. Aber, sehr verehrter Herr Doktor, warum haben Sie selbst (*Abg. Zeillinger: Fragen Sie das Volk, was es sagt! — Abg. Sebinger: Sie sind doch nicht das Volk!*) verschiedene Wünsche geäußert bezüglich Berücksichtigung bei öffentlichen Positionen? Erst unlängst habe ich mit Dr. van Tongel gesprochen wegen eines eventuellen Aufsichtsratssitzes bei der VÖEST draußen. (*Heiterkeit.*) Und im übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren (*Zwischenruf des Abg. Zeillinger*), kommt es nicht darauf an, was jetzt mit Lautstärke verkündet wird, sondern darauf, was das innere Gewicht ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist also darum gegangen, das Gleichgewicht herzustellen. Die Sozialistische Partei Österreichs hat nun, wie mein erster Vorredner ausführte, weitestgehende Wünsche nach Ressorts und Kompetenzen gehabt, und diese Kompetenzauseinandersetzungen waren Grundsatzfragen, weil eben die beiden Parteien weitgehend verschiedene Auffassungen vertreten und weil eben hier ein Ausgleich gefunden werden muß, weil wir — denken Sie jetzt an die kommunistischen Weltjugendfestspiele, die uns ein Zeichen dafür sind, wie sehr wir in dieses Kräftefeld zwischen Ost und West eingespannt sind — zu einer Lösung kommen mußten!

Nun haben sich natürlich die Sozialisten das Gleichgewicht anders vorgestellt als unsere

Unterhändler. Und ich muß jetzt meinen Vordner Aigner an ein Wort erinnern, das er unvorsichtigerweise gebraucht hat. Er hat gesagt, ich habe in der Debatte über die Regierungserklärung 1956 erklärt: das „Königreich Waldbrunner“ ist durch eine Präsidentschaft abgelöst worden. Jawohl! Hier ist der springende Punkt! Wir haben 1956 nicht die verstaatlichte Industrie einem SPÖ-Minister weggenommen und einem ÖVP-Minister unterstellt, sondern wir haben eine echte Präsidentschaft errichtet, wir haben ein Kondominium, eine gemeinsame Verwaltung der beiden Parteien hergestellt. *(Zwischenrufe bei den Sozialisten.)* Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Abg. Zechtl: Das ist nicht wahr, Herr Doktor! — Weitere Zwischenrufe.)* Ich kann ja warten, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ja Zeit. *(Abg. Zechtl: Das war das Kompromiß!)* Darf ich Ihren ersten Einwand mit einigen Worten widerlegen. Einverstanden, wir hatten den Vorsitz und das Dirimierungsrecht, und jetzt verlangten Sie, meine Damen und Herren, den Vorsitz mit dem Dirimierungsrecht. Aber der kleine Unterschied hat lediglich darin bestanden, daß wir acht Mandate mehr gehabt haben, eine klare Überlegenheit, und daß wir das Recht gehabt hätten, einem ÖVP-Minister die verstaatlichte Industrie zu unterstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bei diesem Gleichgewicht war der Verzicht auf das Dirimierungsrecht das entsprechende Äquivalent, das wir angeboten haben und was berechtigt gewesen wäre.

Und jetzt, meine Damen und Herren, von dieser Stelle ein offenes Wort zu den ganz unbegründeten Vorwürfen, daß die Österreichische Volkspartei von sich aus für die Auflösung der IBV gewesen ist. Herr Dr. Gredler, Sie sind vollkommen falsch informiert. Ich will Ihnen aus meiner Erfahrung als Unterhändler jetzt den wirklichen Vorgang der Verhandlungen erzählen. *(Abg. Zeillinger: Bravo! — Beifall bei der FPÖ.)* Die Österreichische Volkspartei hat also für sich mit vollem Recht den Vorsitz im Aufsichtsrat beansprucht und auf das Dirimierungsrecht verzichtet. Die Sozialistische Partei hat dazu nein gesagt. Und jetzt, meine Herren von der unabhängigen Presse, etwas Interessantes für Sie: Die Österreichische Volkspartei hat einen zweiten Vorschlag gemacht. Herr Dr. Gredler, Sie haben Beispiele von England und Schweden gebracht. Das war der Vorschlag der Österreichischen Volkspartei. *(Abg. Dr. Gredler: Bravo, das erstmal!)* Wir haben gesagt: Lösen wir den Aufsichtsrat los von der Regierung, machen wir keine Minister zu Aufsichtsräten, machen wir das so wie bei den unterstellten Unternehmungen, wo nach § 7 des alten Kompetenzgesetzes die Leute nach fach-

lichen Voraussetzungen zu bestellen sind! Da haben wir den Vorsitz der SPÖ angeboten, und die SPÖ hat nein dazu gesagt. *(Abg. Dr. Gredler: Und Dr. Tzöbl hat auch nein gesagt! — Heiterkeit.)* Das wäre ein Vorschlag gewesen zur echten Entpolitisierung, das hätte jeden Streit außer Diskussion gestellt, und jede Auseinandersetzung in der IBV hätte dann nicht dazu geführt, daß es zu einer Regierungskrise kommen muß. Dann wären keine Prestigefragen auf dem Spiel gestanden, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann wäre es so gewesen wie in anderen Staaten Westeuropas, wo es verstaatlichte Industrien gibt. Aber, Herr Dr. Gredler, die SPÖ hat nein gesagt dazu. *(Abg. Zeillinger: Und das ist die Mehrheit im Haus?)* Ja, wir mußten ja zu einer Lösung kommen! Sie kann uns nicht ihren Willen aufzwingen, und wir ihr auch nicht, und Sie mit Ihren acht Mandaten am allerwenigsten! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Altenburger: Dr. Gredler hat noch nie die Verantwortung getragen, er weiß nicht, wie das ist!)*

Und nun sagt die Sozialistische Partei: Die ÖVP war für die Auflösung der IBV. *(Lebhaftes Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Nach Ablehnung dieser beiden Vorschläge von uns kamen die Gegenvorschläge der Sozialisten, über die ich Ihnen jetzt auch etwas erzählen will. Man hat uns gesagt: Lösen wir halt den Aufsichtsrat der IBV auf und übertragen wir seine Rechte dem Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann! Das wäre ja noch schlimmer gewesen, als wenn man gleich den Vorsitz mit Dirimierungsrecht der Sozialistischen Partei übergeben hätte, infolgedessen war das eine vollkommen indiskutable Angelegenheit.

Und nun möchte ich, eben weil durch die Presse die Öffentlichkeit mithört, gerade für die Nichtsozialisten — auch Sie haben Nichtsozialisten in den verstaatlichten Betrieben unter den Arbeitern und Angestellten — etwas sagen: Diese Sektion, die im Bundeskanzleramt neu gegründet wurde, ist nicht zu vergleichen mit dem Ministerium Waldbrunner. Damals waren doch die öffentlichen Verwaltungen, die jetzt in Wegfall kommen, und heute sind sämtliche Rechte, die damals vom Minister verwaltet wurden, die Bestellung der Organe und Aufsichtsräte bei den Aktiengesellschaften und der Geschäftsführer bei den Ges. m. b. H., an die Bundesregierung übertragen, es ist die Parität festgelegt durch das Gesetz, und nach dem alten § 7 werden die Aufsichtsräte „nach fachlicher Eignung“ zusammengestellt, wie es dort heißt.

Ich möchte nun sagen: Eine besondere Forderung der Österreichischen Volkspartei war naturgemäß, daß nunmehr auch die noch aus-

ständigen Organe bei der VÖEST und bei der Alpine gebildet werden. Und dies wird in diesen Tagen erfolgen. Dann sind diese Unternehmungen selbständig, dann müssen sie selber schwimmen, dann haben sie die Möglichkeit, nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten, dann sind im Betrieb der Vorstand und der Aufsichtsrat verantwortlich, und man kann nicht mehr zum Kadi gehen und zur nächsthöheren Instanz, ob das nun ein Funktionär der Sozialisten oder der ÖVP ist, und sich darauf ausreden: Ich hätte das lieber anders gemacht, ich, der Fachmann, aber die Bösen da oben haben eine andere Weisung erteilt. (*Abg. Dr. Kandutsch: Hat dann der Vizekanzler gar nichts zu tun?*) Der Herr Vizekanzler ist der zuständige Leiter der Sektion und wird der Bundesregierung gemäß den Gesetzen und den Kompetenzen, die die Bundesregierung hat, eben die Vorschläge erstatten, wobei er dann an diese Richtlinien gebunden ist. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Ich möchte hier noch etwas anderes sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, etwas sehr Wesentliches. Es wird zwar der Investitionsfonds wieder eingeführt, aber es ist festgehalten, daß die verstaatlichten Unternehmungen Dividenden ausschütten müssen und daß davon — und zwar nur vom staatlichen Aktienbesitz, wodurch ausdrücklich die Möglichkeit angedeutet ist, daß es neben diesem staatlichen Aktienbesitz in Zukunft auch einen privaten Aktienbesitz geben wird — 25 Prozent an den Finanzminister und 75 Prozent an den Investitionsfonds zur Auszahlung zu gelangen haben, wobei der Herr Vizekanzler vierteljährlich einen Bericht über den Investitionsfonds dem Hauptausschuß des Nationalrates vorzulegen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das deshalb so ausführlich behandelt, weil ich mit aller Deutlichkeit unterstreichen möchte, daß wir — weil Sie sagen, wir haben um Posten und Sinekuren gekämpft — um die Freiheit des Arbeitsmenschen in den verstaatlichten Unternehmungen gekämpft haben und daß diese Regelung hier ein Teil davon gewesen ist! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Die Arbeiter brauchen Ihre Hilfe für ihre Freiheit nicht, Herr Dr. Maleta!*) Nur keine Aufregung! (*Abg. Zechtl: Die Arbeiter brauchen den Schutz vor Ihren Bestrebungen!*) Es gibt, Gott sei Dank, in den verstaatlichten Unternehmungen nicht allein sozialistische Arbeiter (*lebhaftes Zwischenrufen und Unruhe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), wie die Betriebsratswahlen etwa in der ÖMV und in anderen verstaatlichten Unternehmungen bezeugen. (*Abg. Olah: Besonders in der Generaldirektion!*)

Ich habe davon gesprochen: Gleichgewicht? Ja! Der souveräne Wähler hat dieses Gleichgewicht am 10. Mai hergestellt. — Aber Übergewicht der SPÖ? Nein!

Ich verweise beispielsweise auf den zweiten Angriffsstoßkeil der Sozialistischen Partei, auf das Finanzministerium. Da waren Wünsche sonder Zahl; etwa nach Errichtung einer Bankenholding, wonach dann praktisch die gesamten Konzernunternehmungen in den Abhängigkeitsbereich der SPÖ gelangt wären, oder die Einbeziehung des Deutschen Eigentums oder die Einbeziehung der Tabakregie in diese Holding. Bei allen diesen Dingen ist es zu einer Regelung gekommen, mit der man vollkommen zufrieden sein kann. Beim Deutschen Eigentum ist ausdrücklich festgestellt worden, daß diese Holding dazu da ist, um es zu liquidieren, nicht etwa, um es als verstaatlichte Unternehmungen weiterzuführen.

Ich verweise darauf, wie schwierig die Verhandlungen bezüglich der Kompetenzwünsche der Sozialistischen Partei gegenüber dem Finanzministerium gewesen sind. Da ist es nicht um Personen gegangen, sondern um effektive Kompetenzen, hinter denen Grundsätze stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus einer grundsätzlichen Haltung heraus haben die Sozialisten das verlangt, und aus einer grundsätzlichen Haltung heraus haben wir, die Volkspartei, diese „schwache“ Volkspartei, das abgelehnt, Herr Dr. Gredler. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wenn ich daran denke, etwa an die Wünsche ... (*Abg. Zechtl: Das ganze Ministerium ist angeboten worden!*) Darauf komme ich auch noch zu sprechen. Das ganze Ministerium! (*Abg. Altenburger: Zeillinger war ständig bei den Sozialisten! Seien Sie nur schön still!*)

Sehr verehrter Herr Kollege! Diesem Angebot des Finanzministeriums war ein Konzept zugrunde gelegt, über das man vielleicht verschiedener Meinung sein könnte. (*Abg. Zechtl: Konzept der Konzeptlosigkeit!*) Aber nein, mein sehr Verehrter, sondern dann wäre die Kompetenzverteilung auf anderen Gebieten und die Ressortverteilung natürlich auch anders gewesen. So ist das natürlich nicht, daß Sie eines nach dem anderen einkassieren könnten. Die Öffentlichkeit hat in einer emotionalen Aufwallung dagegen Stellung genommen, und darüber will ich ein offenes Wort sagen. (*Abg. Weikhart: Das war eine „industrielle“ Aufwallung!*) In einer emotionalen Aufwallung! (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn vielleicht ein Verband aus einer überflüssigen Ungeschicklichkeit heraus in einer

Überbewertung seiner Stellung irgendwelche Stellungnahmen abgegeben hat, dann hat das mit der großen Massenbewegung der Volkspartei, die sozialpolitisch auf dem Gedanken gut einer christlichen Vergangenheit beruht, nicht das geringste zu tun. Und der Tabaktrafikanter, der Greißler, der kleine Gewerbetreibende und viele Ihrer Arbeiter draußen, meine Damen und Herren, die Sorge gehabt haben um den Schilling, die sind bestimmt nicht vom Industriellenverband dazu angestiftet worden. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Man könnte noch sehr viel erzählen von den verschiedensten Wünschen, wie sie sich dann verringert haben, bis dann noch die letzte Forderung übriggeblieben war nach einem Staatssekretär im Finanzministerium. Aber das war interessant, liebe Freunde, das war interessant. Wir haben gesagt: Vielleicht kann man darüber reden! Ja, wir haben ihn sogar angeboten. Aber das Gleichgewicht — über das wird doch die ganze Zeit geredet, das war der Wahlslogan der Sozialistischen Partei —, das würde es doch gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn man etwa einen Staatssekretär der ÖVP im Sozialministerium bekäme oder im Verkehrsministerium. Aber nein, da war nicht vom Gleichgewicht die Rede! Da haben wir gesagt: Wenn da nichts, dann da auch nichts! Damit war die Sache der Staatssekretäre erledigt.

Meine sehr Verehrten! Jetzt will ich mich aber noch über verschiedene andere Dinge auslassen. Herr Dr. Gredler — er hat es mir heute besonders angetan — hat angekündigt ... *(Abg. Dr. Gredler: Ich habe Sie nur einmal erwähnt! Sie mich schon sechsmal!)* Ja natürlich, aber ich bin so höflich und nehme darauf Bezug. *(Abg. Dr. Gredler: Das kostet 5000 S im Radio! — Heiterkeit.)* Das bekomme ich von Ihnen? Das ist kein schlechtes Geschäft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will einmal auch einige Worte über den Koalitionsakt verlieren. Ich habe schon in meinen einleitenden Ausführungen gesagt, daß das österreichische Volk, das jetzt in den Urlaub gefahren ist oder in den Urlaub geht und sich eines gewissen Wohlstandes erfreut, einen Schock empfinden würde, wenn wir uns jetzt, gerade in dieser Situation, wo um den deutschen Raum gewürfelt wird, wo die Außenpolitik im Fluß ist, wo die ganzen Spannungen der Weltpolitik immer lebendiger werden, innenpolitisch aus der großen Sorge um das Volk und die staatliche Zukunft heraus nicht doch auf einer Linie finden würden, trotz der Nachteile und Mängel, die diese auch aufweisen mag.

Aber Koalition heißt Bindung, das ist ganz klar, und die Festlegung eines koalitionsfreien Raumes, einer Art bindungsfreien Bindung, ist natürlich eine Art Quadratur des Zirkels, die wir hier zu verzeichnen haben. *(Abg. Dr. Kandutsch: Das war nicht immer Ihre Meinung!)* Aber dennoch hat die Österreichische Volkspartei den Vorschlag gemacht — es war mein Vorschlag —, daß man Gesetze, über die man sich nach einem gewissen Zeitraum nicht einigen kann, dem Parlament zur freien Entscheidung überläßt, denn die Bevölkerung draußen wünscht zwar eine Koalition, aber sie wünscht eine arbeitsfähige Koalition, und sie will nicht haben, daß Regierungsvorlagen monatelang, ja vielleicht jahrelang unerledigt liegenbleiben. *(Ruf bei der FPÖ: Das weiß man schon lange!)* Darüber konnte keine Einigung erzielt werden.

Aber lassen Sie mich in dem Zusammenhang etwas sagen über die Rechte des Parlaments, und zwar wende ich mich da nicht an die FPÖ, die auch die Rechte des Parlaments verlangt, sondern an die öffentliche Meinung, denn die FPÖ sagt zwar „Parlament“, meint aber das Zünglein an der Waage mit ihrem kleinen Federgewicht von acht Mandaten zwischen den 157 anderen, den Mehrheitsabgeordneten dieses Hauses. Das würde ich an ihrer Stelle natürlich auch verlangen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber der Öffentlichkeit gegenüber sei gesagt — und das sage ich als Klubobmann, ich glaube, mein Kollege Olah wird mir dabei vollkommen beipflichten —: In einem Koalitionsakt oder in einer Parteienvereinbarung hat eine Bestimmung, daß das Parlament größere Freiheiten haben soll, nichts verloren. Dieses Parlament hat seine Freiheiten in den Verfassungsbestimmungen garantiert *(Abg. Zeillinger: Was nicht eingehalten wird!)*, und wenn wir uns einer gewissen Parteidisziplin unterwerfen, so geschieht das aus einer inneren Gewissensverpflichtung heraus freiwillig und kann jederzeit geändert werden.

Da lassen Sie mich etwas sagen! Das französische Parlament hat sich sehr viele individualistische Freiheitsrechte ohne irgendwelche Bindungen zugelegt gehabt, mit dem Resultat, daß es jetzt verfassungsmäßig Freiheitsrechte verloren hat. Meine sehr verehrten Herren und Damen! Wenn wir an der innenpolitischen Situation Kritik üben, dann ist es notwendig, das sei offen gesagt, einen Blick über die Grenzen unseres Staates hinaus nach Europa, nach Frankreich, nach Italien und anderwärts, zu werfen und die Verhältnisse zu vergleichen.

Und noch ein paar Worte, das habe ich vorhin übersehen. Ich verfolge sehr genau die Entwicklung im Deutschen Gewerkschaftsbund und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Man kann dort das wachsende Unbehagen sehen, ob dies nun mit Recht oder Unrecht empfunden wird, aber von ihrem Gesichtspunkt aus empfinden sie es, daß sie diese Bundesrepublik nicht als ihren Staat ansehen. Das ist zwar nur eine Tendenz, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das könnten wir uns in Österreich nicht erlauben. Daher ist es staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein, wenn die Österreichische Volkspartei manches parteipolitische Interesse zurückstellt und sich mit den Sozialisten zu einer gemeinsamen Arbeit zusammentut. Wir wissen: Die wirkliche Sorge, die wirkliche Gefahr ist doch etwas ganz anderes als diese lächerlichen Streitigkeiten über irgendeinen Koalitionspaktinhalt. Diese Gefahr ist die aus dem Osten, meine Damen und Herren, und wir würden verflucht von Kindern und Kindeskindern, wenn wir nicht eine Innenpolitik machen würden, die dafür Sorge trägt, daß dieses Land, das echte Herzstück des Abendlandes, seine Freiheit erhält. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind Realpolitiker genug, Herr Dr. Gredler, denn die Österreichische Volkspartei hat zu einer Zeit, als es unpopulär gewesen ist, den Gedanken der Neutralitätspolitik als erste ausgesprochen und Bundeskanzler Raab hat sie durchgeführt, zu einem Zeitpunkt, in dem man dafür wenig Verständnis gefunden hat, in dem man uns beschuldigt hat, daß wir innerlich irgendwie anfällig seien. Das ist Realpolitik! Aber im Grundsätzlichen müssen wir fest bleiben, meine Damen und Herren, sonst geht die Geschichte über uns hinweg, und dafür fühlt sich die Führung der Österreichischen Volkspartei und dieser Klub verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben nicht die Sorgen, die Sie haben müssen, ob wir vielleicht in einer Wahlperiode ein Mandat mehr oder weniger haben. Das interessiert die Öffentlichkeit nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechte des Parlaments! Haben Sie übersehen, daß dieses Sechser-Komitee, das hier verhandelt und wesentlichen Anteil an der Regierungsbildung genommen hat, aus vier Parlamentariern bestand, daß ihm die Klubobmänner angehört haben, haben Sie übersehen, daß diesem Koalitionsausschuß die Klubobmänner angehören müssen?

Ich will Ihnen noch einiges sagen über den Inhalt des Koalitionsabkommens, weil so viel Rätseln darüber ist.

Da ist eine Bestimmung, daß Regierungsvorlagen, über die in der Bundesregierung ein einstimmiger Beschluß erzielt worden ist und die wegen ihrer Bedeutung für die im Nationalrat vertretenen beiden Koalitionsparteien verbindlich erklärt wurden, grundsätzlich vereinbart sind und daß an ihnen grundlegende Abänderungen nur mit Zustimmung des Koalitionsausschusses vorgenommen werden dürfen. Es heißt: wegen ihrer Bedeutung! Wir haben in einem früheren Koalitionsabkommen die Bestimmung gehabt, daß Beschlüsse über Fragen der Währungspolitik nur einstimmig gefaßt werden dürfen. Was ist Währungspolitik? Jedes zweite Gesetz, das die Abgeordneten hier einbringen, hat irgendeine Auswirkung auf die Währung. Infolgedessen haben wir hier eine einfachere Formulierung gebracht. Und hier heißt es ja: bedürfen der Zustimmung des Koalitionsausschusses! Das heißt, man kann darüber reden, und wenn die Klubobmänner im Koalitionsausschuß sitzen, werden sie doch wohl dafür Sorge tragen, daß in gemeinsamen Besprechungen mit den Abgeordneten auch die Stimme des Parlaments zu Gehör kommt.

Oder eine weitere Bestimmung: Wurde eine solche Verbindlichkeit nicht beschlossen, so haben beide Parteien für die Behandlung im Parlament freie Hand. Das ist die Auflockerung gegenüber der Vergangenheit. Sicherlich ist das umstritten. Es erschwert die Regierungsarbeit, aber ich stehe nicht an, zu sagen und hier als Klubobmann zu erklären, daß wir in der Österreichischen Volkspartei ein Interesse daran haben, daß die Institution des Parlamentes in der Öffentlichkeit angesehen ist. Wiederholen wir doch nicht das Spiel aus der Zeit vor 1934, wo die demokratischen Einrichtungen lächerlich gemacht wurden, was mit dem Ruf nach dem starken Mann endete, der dann die Marschierenden in das Unglück und in das Verderben gestürzt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind Dinge, die hier einmal offen ausgesprochen werden müssen. Und glauben Sie mir: Wir hier im Parlament werden die Korrektur zur Regierung sein, wir werden gemeinsam arbeiten und wir werden in Pflichtbewußtsein und Selbstdisziplin den Weg finden, der zu einer ersprießlichen Arbeit und zu einem ersprießlichen Ergebnis führt. Und daher kann ich mich kurz fassen bei den übrigen Erklärungen zur Regierungserklärung.

Ich möchte nur einstweilen feststellen, meine Damen und Herren, daß diese Regierungserklärung keine taxative Aufzählung von den Dingen ist, die in vier Jahren zu machen sind; sie ist nur eine Aufzählung von jenen Bestimmungen, über die man sich bisher geeinigt hat.

Es sind Zuschriften gekommen von Landarbeitern, politisch Verfolgten, von der Jugend und vielen, vielen anderen. Ja glaubt man, wenn diese Dinge nicht in der Regierungserklärung stehen, daß wir sie nicht aufgreifen werden und nicht aufgreifen können? (*Abg. Zeillinger: Das glauben wir!*) Was Sie glauben, ist ja uninteressant, meine sehr verehrten Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte noch eine Feststellung machen: Die wesentlichen Grundsätze der Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei ziehen sich wie ein roter Faden durch diese Regierungserklärung. (*Abg. Dr. Gredler und Abg. Zeillinger: Roter Faden!*) Jawohl! Ihnen wäre wohl ein brauner Faden lieber, aber da spielen wir nicht mit! (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich möchte hier auch noch eine zweite grundsätzliche Feststellung machen: Die Österreichische Volkspartei hat in dieser Wahlschlacht zu spüren bekommen, daß wir für die Währungsstabilität eingetreten sind, weil wir die Auffassung vertreten haben: Nur der gesicherte Schilling ist die echte Grundlage für eine gute sozialpolitische Leistung, für Renten, für Gehaltsverbesserungen etc.!

In der gegnerischen Propaganda wurde das irgendwie vernebelt und so getan, als ob wir gegen solche Leistungen wären. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, so leicht werden wir es Ihnen nicht mehr machen. Diese Österreichische Volkspartei wird dafür sorgen, daß eine gesunde Währungspolitik gemacht wird, sie wird aber auch selbst darüber bestimmen und dabei sein, wenn darüber beschlossen wird, was an Leistungen aus diesem gemeinsamen Wirtschaftstopf für Minderbemittelte, sozial Bedürftige und für sozial Berechtigte zu verteilen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will Ihre Aufmerksamkeit nicht mehr lange in Anspruch nehmen. Ich möchte abschließend nur einen Vergleich ziehen: 1953 ist die Österreichische Volkspartei in der gleichen Situation gestanden wie heute, 1959. Wir haben damals weniger Stimmen gehabt als die

Sozialistische Partei, wir haben infolge der Wahlarithmetik um ein Mandat mehr erhalten. Und diesem glücklichen Zufall war der große Erfolg der späteren Jahre zu verdanken, auch der große Erfolg der Erringung der staatspolitischen Freiheit. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Wir Unterhändler haben dafür gesorgt, daß ein echtes Gleichgewicht erhalten bleiben konnte, und wir haben damit so wie 1953 das Fundament gelegt für eine erfolgreiche Arbeit in der Zukunft.

Da Sie von Kamitz gesprochen haben, will ich Ihnen eines sagen: Der Schock hat zwei Seiten gehabt. Am 10. Mai war er noch nicht wirksam, aber bei kommenden Wahlen werden die Wähler schon an die Sicherung der Währung und an unsere Grundsätze denken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daher glaube ich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es wurde ein gutes Werk getan. Der Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei weiß, daß eine große Verantwortung auf ihm lastet. Er wird aber diese Aufgaben tragen zu einem gemeinsamen Endergebnis, zu einer glücklichen Weiterentwicklung unseres Vaterlandes Österreich. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Im Einvernehmen mit den Parteien weise ich den Antrag 33/A der Abgeordneten Reich, Rosa Rück und Genossen, betreffend die Erlassung eines Bundesgesetzes, womit das Familienlastenausgleichsgesetz neuerlich abgeändert wird (Novelle 1959 zum Familienlastenausgleichsgesetz), dem Finanz- und Budgetausschuß zu. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Der Finanz- und Budgetausschuß tritt eine halbe Stunde nach Schluß der Haussitzung im Lokal VI zusammen.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 22. Juli, 10 Uhr vormittag, ein. Die Tagesordnung ist bereits verteilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 50 Minuten